



Heft 1/2007

Inhalt

Trends und Entwicklungslinien der Bürgerschaftswahl (Landtag) am 13. Mai 2007	3
Ergebnisse der Bürgerschaftswahl 2007 im Lande Bremen nach Altersgruppen und Geschlecht	8
Sozialräumliche Entwicklung der Lebenserwartung und Sterblichkeit in der Stadt Bremen	14
Wirtschaftskurven	23
Zahlenspiegel	25

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Bremen

An der Weide 14-16
28195 Bremen

Tel.: 0421 - 361 6070
Fax: 0421 - 361 6168

E-mail: office@statistik.bremen.de
<http://www.statistik.bremen.de>

ISSN 1860-997X

April bis Juli 2007 :

Statistische Berichte:

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung November 2006 bis Februar 2007

(A I 1 – m 11/06, 12/06, 1/07, 2/07)

Bevölkerung nach Altersjahren, Altersgruppen und Geschlecht 2006 (A I 3 – j/06)

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Lande Bremen Januar 2007 bis April 2007

(E I 1 – m 1/07, 2/07, 3/07, 4/07)

Umsatz und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel, Großhandel und Gastgewerbe des Landes Bremen Januar 2007, Februar 2007

(G I 1, IV 3 – m 1/07, 2/07)

Seeverkehr der Bremischen Häfen Januar bis März 2007 (H II 2 – vj 1/07)

Verbraucherpreise in der Stadt Bremen März 2007 bis Mai 2007 (M I 2 – m 3/07, 4/07, 5/07)

Statistische Mitteilungen:

Heft 109: Einzelhandel in der Stadt Bremen. Ergebnisse der Sonderbefragung im Handel 2006

Heft 110: Wahl zur Bremischen Bürgerschaft am 13. Mai 2007. Vorläufiges Wahlergebnis

© Statistisches Landesamt Bremen, Bremen 2007

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten

Zeichenerklärung

- = Zahlenwert genau null.
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten Einheit, die in der betreffenden Übersicht dargestellt werden kann.
- . = Zahlenwert ist unbekannt oder kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden (z. B. aus Geheimhaltungsgründen).
- x = Fragestellung nicht zutreffend oder Nachweis nicht sinnvoll.
- ... = Angabe fällt später an.
- / = Nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ.
- D = Durchschnitt
- p = vorläufige Zahlen
- r = berichtigte Zahlen
- s = geschätzt

Im allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden.

Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen in der Endsumme ergeben.

Jürgen Dinse

Trends und Entwicklungslinien der Bürgerschaftswahl (Landtag) am 13. Mai 2007

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

Der vorliegende Beitrag ist bereits am 14. Mai 2007 mit vorläufigen Ergebnissen der Bürgerschaftswahl in Heft 110 der Statistischen Mitteilungen „Wahl zur Bremischen Bürgerschaft 2007“ erschienen. Der nachfolgende überarbeitete Text enthält die endgültigen Ergebnisse der Wahl.

Ergebnisse der Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft (Landtag) 2007 und 2003 im Lande Bremen nach Wahlbereichen

Gegenstand der Nachweisung	Land Bremen				davon							
	2007		2003		Wahlbereich Bremen				Wahlbereich Bremerhaven			
	2007		2003		2007		2003		2007		2003	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	486 073	x	481 743	x	400 785	x	395 469	x	85 288	x	86 274	x
Wähler / Wahlbeteiligung	279 855	57,6	295 391	61,3	234 815	58,6	248 559	62,9	45 040	52,8	46 832	54,3
davon												
Ungültige Stimmen	3 833	1,4	3 625	1,2	3 129	1,3	2 804	1,1	704	1,6	821	1,8
Gültige Stimmen	276 022	98,6	291 766	98,8	231 686	98,7	245 755	98,9	44 336	98,4	46 011	98,2
Von den gültigen Stimmen entfielen auf												
SPD	101 417	36,7	123 480	42,3	85 927	37,1	106 484	43,3	15 490	34,9	16 996	36,9
CDU	70 832	25,7	86 819	29,8	59 673	25,8	72 196	29,4	11 159	25,2	14 623	31,8
GRÜNE	45 524	16,5	37 350	12,8	40 218	17,4	33 264	13,5	5 306	12,0	4 086	8,9
FDP	16 497	6,0	12 294	4,2	12 598	5,4	9 669	3,9	3 899	8,8	2 625	5,7
DVU	7 566	2,7	6 642	2,3	5 191	2,2	3 376	1,4	2 375	5,4	3 266	7,1
Deutschland	338	0,1	x	x	x	x	x	x	338	0,8	x	x
Die Konservativen	4 465	1,6	x	x	4 153	1,8	x	x	312	0,7	x	x
BIW	2 216	0,8	x	x	x	x	x	x	2 216	4,9	x	x
Die Weissen	171	0,1	x	x	x	x	x	x	171	0,4	x	x
Die Linke.	23 296	8,4	4 885	1,7	20 226	8,7	4 386	1,8	3 070	6,9	499	1,1
REP	1 430	0,5	x	x	1 430	0,6	x	x	x	x	x	x
DIE FRAUEN	1 318	0,5	1 098	0,4	1 318	0,6	1 098	0,4	x	x	-	-
PBC	952	0,3	1 009	0,3	952	0,4	813	0,3	x	x	196	0,4
Übrige Parteien	x	x	18 189	6,2	x	x	14 469	5,9	x	x	3 720	8,1

Am 13. Mai 2007 wurde im kleinsten Bundesland das 17. Nachkriegsparlament, die „Bremische Bürgerschaft“, gewählt. Es ist mit 83 Mandaten zwar eine der kleinsten und dennoch eine der traditionsreichsten staatlichen Volksvertretungen in Deutschland. Dabei haben möglicherweise die Eigenheiten des bremischen Wahlrechts, aber auch die Besonderheiten der stadtstaatlichen Wahlbevölkerung dazu geführt, dass nicht selten politische Entwicklungen in diesem Parlament ihren Anfang nahmen, die sich erst später in anderen Bundesländern und im Bund durchzusetzen vermochten. So ist beispielsweise der „Grünen Bewegung“ in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre mit dem Einzug in die Bremische Bürgerschaft der Durchbruch auf die „staatliche Ebene“ gelungen. Dieser war der Ausgangspunkt für weitere Wahlerfolge in den folgenden Jahren in anderen Bundesländern, im Bund und schließlich sogar im Europäischen Parlament.

Bei der diesjährigen Wahl stand zumindest auf den ersten Blick und nach Aussagen von professionellen Wahlforschern in den Städten Bremen und Bremerhaven eine Wiederholung solch bedeutender, die Parteienlandschaft nachhaltig verändernder Entwicklungen nicht an. Ob der erste Wahlerfolg der Linkspartei (Die Linke.) in einem westlichen Bundesland mit dem Einzug in das bremische Landesparlament nicht doch wieder die politische Landschaft nachhaltig zu verändern im Stande ist, wer-

den die anstehenden Wahlgänge in den nächsten Jahren zeigen.

In jedem Fall bot sich den etwa eine halbe Million zählenden Wahlberechtigten im Lande Bremen wieder eine vielfältige Palette an Auswahlmöglichkeiten über „das gesamte politische Spektrum“.

Wahlbeteiligung: Wie erwartet etwas niedriger als 2003 – aber insgesamt im aktuellen Länderdurchschnitt

Es war das erklärte Ziel maßgeblicher politischer Kräfte innerhalb Bremens, im Verbund mit Teilen der örtlichen Medien, eine möglichst hohe Wahl-

Tab. 2

Sitzverteilung in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) 2007 und 2003

Partei	Wahlbereich Bremen		Wahlbereich Bremerhaven		Land Bremen	
	2007	2003	2007	2003	2007	2003
SPD	27	34	6	6	33	40
CDU	19	23	4	6	23	29
GRÜNE	12	10	2	2	14	12
FDP	4	-	1	1	5	1
DVU	-	-	1	1	1	1
Die Linke.	6	-	1	-	7	-
Insgesamt	68	67	15	16	83	83

* Die Fünf-Prozent-Sperrklausel gilt für beide Wahlbereiche/Städte getrennt.
Ab der 16. Wahlperiode 2003 ff. Sitzverteilung nach dem SAINTE LAGUÉ/SCHEPERS-

Tab. 3

Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung bei den Bürgerschaftswahlen (Landtag) 1999 bis 2007 in der Stadt Bremen nach Gebietstypen

Gebietstyp	Wahlberechtigte			Wahlbeteiligung in %		
	1999	2003	2007	1999	2003	2007
Stadt Bremen	399 084	395 469	400 785	62,0	62,9	58,6
darunter						
City, Cityrand (CCR)	29 526	29630	31055	61,3	64,3	62,0
Trad. bürgerl. Wohn-, Villenviertel (TBVI)	51 317	50997	52659	72,1	73,6	70,0
Ältere Arbeiterviertel (ÄAV)	63 172	60926	60387	56,2	56,0	51,4
Großsiedlungen (GS)	96 041	94769	94547	57,8	57,6	51,6

beteiligung zu erreichen. Die Beobachtung der Abläufe um die Briefwahl signalisierte allerdings schon Wochen vor dem Wahltag, dass eine Steigerung der Beteiligungsziffern gegenüber dem Wahlgang von vor vier Jahren (25. Mai 2003) wohl schwerlich erreicht werden würde. Auch der Wahltag mit einem morgendlichen „Bilderbuch-Sonntagswetter“ hat an dieser Entwicklung wenig ändern können. Nur 57,6 % der 486 073 Wahlberechtigten zur Bürgerschaftswahl machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Sieht man von den Europawahlen ab, dann bedeutet der ermittelte Wert zwar einen historischen Tiefstand. Dennoch zeigt der Vergleich mit den entsprechenden Ziffern jener Bundesländer, die im Jahr zuvor (2006) ihre Landtage wählten, Bremen durchaus im Gleichschritt mit diesen.

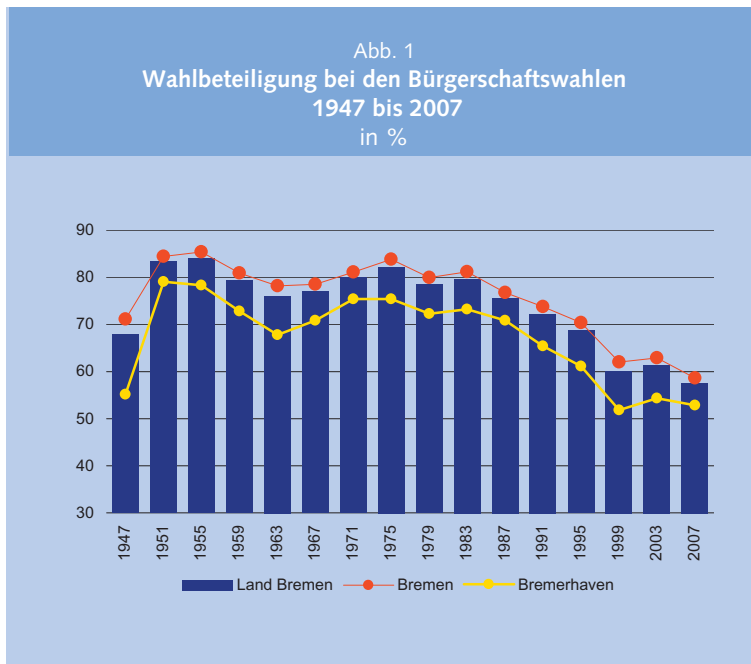
Bei der näheren Betrachtung dieser grundlegenden Kenngröße für das Wahlgeschehen fällt auf, dass die Beteiligungsziffern zwischen den verschiedenen Stadtquartieren stark differieren. Ohne von dieser ersten analytischen Betrachtung des Wahlgeschehens am 13. Mai 2007 zu viel zu verlangen, ist festzustellen, dass die Unterschiede vermutlich noch bei keiner Bürgerschaftswahl zuvor so groß waren. Ob dies als weiterer Beleg für die soziale Spaltung der Städte und das unterschiedliche Mitwirken im Gemeinwesen angesehen werden muss, werden weitere Untersuchungen zeigen.

In traditionellen Arbeiterstadtteilen in der Stadt Bremen, wie z.B. Gröpelingen (47,0 %), wurden nicht einmal 50 % Wahlbeteiligung erreicht, im gutbürgerlichen Schwachhausen hingegen durchweg mehr als 70 %. Ähnliches lässt sich für die unterschiedlich strukturierten Wohnviertel Bremerhavens aussagen. So kontrastierte hier erneut eine sehr hohe Ziffer im bürgerlichen Speckenbüttel (73,5 %) mit jener des Ortsteils Goethestraße (38,0 %), in dem die Einwohner mit erheblichen Integrations- und sonstigen Soziallasten zu ringen haben.

Wie seit vielen Jahrzehnten (siehe Abb. 1), so blieb auch bei der aktuellen Wahl zur Bremischen Bürgerschaft die Beteiligung der Bremerhavener Wählerinnen und Wähler wiederum hinter jener in der Stadt Bremen zurück. Nur etwa die Hälfte (52,8 %) der Wahlberechtigten mochte in der Seestadt ihre Stimme abgeben, während dies in der Stadt Bremen immerhin 58,6 % waren – ein für Großstadtverhältnisse relativ hoher Wert für eine Landtagswahl.

SPD: Deutliche Verluste – aber stärkste Partei

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat am 13. Mai 2007 36,7 % der Stimmen der Bremer und Bremerhavener Wählerinnen und Wähler für sich verbuchen können. Das waren allerdings 5,6 %-Punkte weniger als noch vor vier Jahren.

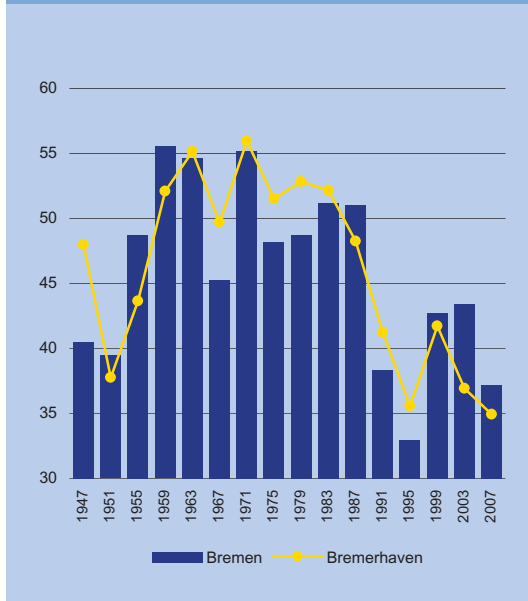


Tab. 4

Stimmenanteile ausgewählter Parteien bei den Bürgerschaftswahlen (Landtag) 1999 bis 2007 in der Stadt Bremen nach Gebietstypen

Gebietstyp	SPD			CDU			GRÜNE			FDP			Die Linke.		
	1999	2003	2007	1999	2003	2007	1999	2003	2007	1999	2003	2007	1999	2003	2007
Stadt Bremen	42,7	43,3	37,1	37,7	29,4	25,8	9,1	13,5	17,4	2,1	3,9	5,4	3,1	1,8	8,7
darunter															
City, Cityrand (CCR)	33,9	38,1	27,3	29,5	19,7	17,5	21,8	29,7	34,4	2,2	3,8	5,2	9,1	4,0	12,8
Trad. bürgerl. Wohn-, Villenviertel (TBVI)	28,4	32,5	25,7	52,3	40,0	38,4	10,5	16,1	20,0	3,5	6,1	7,9	2,2	1,1	5,3
Ältere Arbeiterviertel (ÄAV)	51,1	49,3	44,9	32,7	26,4	21,9	5,4	8,4	10,6	1,7	3,3	4,6	2,3	1,7	9,6
Großsiedlungen (GS)	46,4	44,9	41,9	39,5	32,4	26,7	4,4	7,2	10,4	1,7	3,6	5,3	1,6	1,3	8,0

Abb. 2
Stimmenanteile bei den Bürgerschaftswahlen
1947 bis 2007
SPD
in %



Der damalige Wahlgang war geprägt durch den seinerzeitigen, auch in bürgerlichen Kreisen populären Spitzenkandidaten, Henning Scherf. Dass der jetzige Bürgermeister und Präsident des Senats, Jens Böhrnsen (57), der Mitte der Legislaturperiode die Nachfolge Dr. Henning Scherfs angetreten hatte, es schwer haben würde, mit der SPD in Bremen und Bremerhaven ein gleich gutes Ergebnis zu erzielen, war erwartet worden.

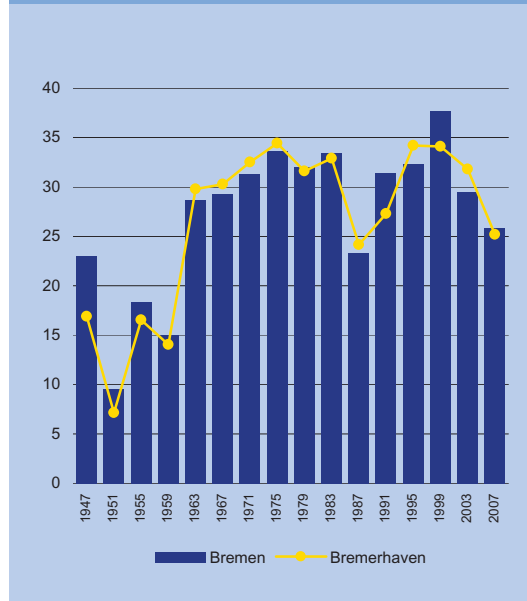
Es ist bemerkenswert, dass die Sozialdemokratische Partei insbesondere in den innerstädtischen Bezirken deutliche Stimmenanteilsverluste zu registrieren hatte. Hier sank ihr Stimmenanteil von 38,1 % im Jahr 2003 auf 27,3 % bei der aktuellen Wahl. Auch in jenen bürgerlichen Wohnvierteln, in denen seinerzeit die SPD mit dem Spitzenkandidaten Dr. Henning Scherf überdurchschnittlich hinzugewonnen hatte, verlor die SPD diesmal. So steht dem seinerzeitigen 32,5 %-Stimmenanteil in diesen Vierteln jetzt ein solcher von 25,7 % gegenüber. Deutlich stärkste Partei bleiben die Sozialdemokraten allerdings in ihren Hochburgen. So erreichten sie im Durchschnitt in den älteren Arbeitervierteln 44,9 % und in den Großsiedlungen immerhin 41,9 % der abgegebenen gültigen Stimmen. Die Verluste blieben hier mit etwa 4 %- bzw. 3 %-Punkten unterdurchschnittlich.

CDU: Die Union konnte erneut keinen Gewinn aus Regierungsbeteiligung ziehen

Trotz der seit einigen Monaten im gesamten Bundesgebiet wirkenden „Umfragendrift“ verlor die Union bei der diesjährigen Bürgerschaftswahl im Lande Bremen spürbar und sackte von 29,8 % auf 25,7 % ab.

Dabei hatte sie sich im Laufe der letzten Jahrzehnte (mit Ausnahme der 87er Wahl) beständig

Abb. 3
Stimmenanteile bei den Bürgerschaftswahlen
1947 bis 2007
CDU
in %



jenseits der 30 %-Marke bewegt und war selbst bei der „Scherf-Wahl“ (2003) noch mit einem Stimmenanteil von 29,8 % erfolgreich.

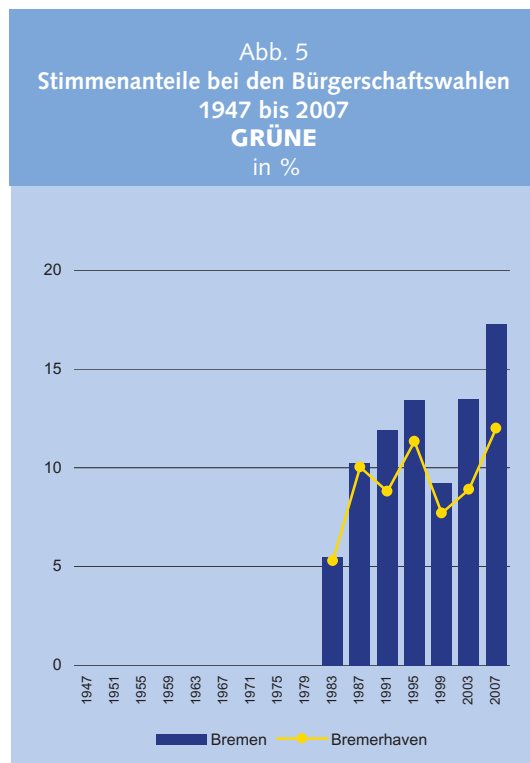
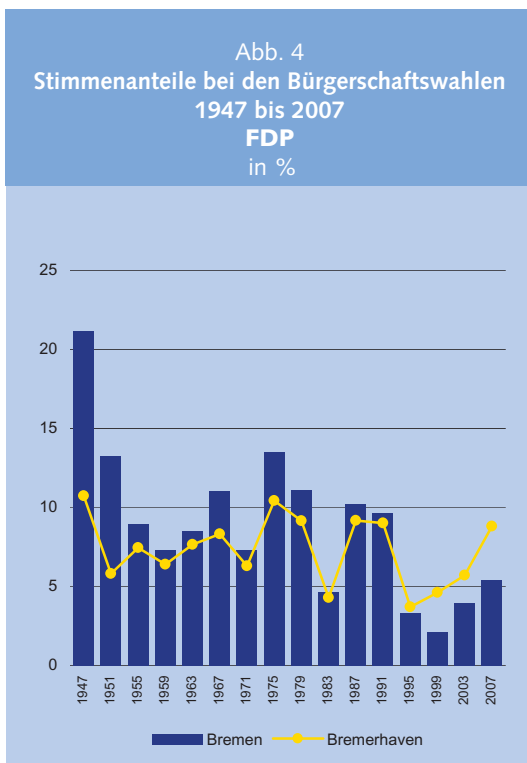
Im Wahlkampf hatte die Union diesmal ihren Schwerpunkt nicht in den Bereichen Wirtschaft und Beschäftigung gesetzt – Felder, auf denen ihr ganz allgemein höchste Kompetenzwerte zugemessen werden. Die Union und ihr Spitzenkandidat griffen im Wahlkampf statt dessen optisch vorrangig das Thema „Kinder in großstädtischer Gesellschaft“ auf.

Dies brachte ihr allerdings nicht den erwarteten Erfolg. Sie verlor in der Stadt Bremen in den Ortsteilen der City und des Cityrandbereichs nach 2003 auch bei diesem Wahlgang noch einmal und kam damit in diesen Vierteln nur noch auf 17,5 % der Stimmen. In ihren Hochburgen, den traditionell bürgerlichen Wohnvierteln, blieb sie demgegenüber mit 38,4 % stärkste Partei, musste aber auch hier Verluste von 1,6 %-Punkten hinnehmen. Deutlichere Stimmenanteilsrückgänge waren für die Union demgegenüber in den älteren Arbeitervierteln und den Großsiedlungen hinzunehmen. Hier verringerte sich die Zustimmung für die Union von 26,4 % auf 21,9 % in den älteren Arbeitervierteln und in den Großsiedlungen von 32,4 % auf 26,7 %.

Die Aufgliederung der Wahlergebnisse auf die beiden Wahlbereiche Bremen und Bremerhaven weist für die CDU bei dieser Wahl ein annähernd gleiches Ergebnis aus; im Wahlbereich Bremen erlangte sie 25,8 % der Stimmen und im Wahlbereich Bremerhaven 25,2 %.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das beste Wahlergebnis auf Landesebene

Mit 16,5 % der Stimmen bleibt Bremen die Hochburg der GRÜNEN im Bundesgebiet. Ihr Ergebnis war das höchste im Vergleich aller bisherigen



Bundes- oder Landtagswahlen in Deutschland. Auch wenn die Verankerung vorwiegend in großstädtischen Milieus ein von Beginn an konstituierendes Merkmal grüner Wahlerfolge war, ist dieses Resultat – auch im Vergleich zu Berlin (13,1 % - 2006) oder Hamburg (12,3 % - 2004) – doch höchst bemerkenswert. Kein anderer Stadtstaat – und schon gar kein Flächenland – scheint ein günstigeres Umfeld für die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der GRÜNEN zu bieten als der Zwei-Städte-Staat an der Weser.

In den Orts- und Stadtteilen um den Stadtkern Bremens herum wurden die GRÜNEN im Durchschnitt mit 34,4 % der Stimmen die erste politische Kraft. Noch 2003 hatte hier die SPD diese Position inne. Ein Zugewinn von fast 4 %-Punkten konnten die GRÜNEN auch in den traditionell bürgerlichen Wohn- und Villenvierteln verbuchen. Hier vermochten sie ihren Stimmenanteil von 16,1 % auf 20,0 % zu erhöhen. Bemerkenswert ist auch ihre Positionsverbesserung in den älteren Arbeitervierteln und in den Großsiedlungen. Die hier erreichten 10,6 % bzw. 10,4 % scheinen den Zugang zu Wählerschichten geöffnet zu haben, die bisher nur schwer für die GRÜNEN zu erreichen waren.

In der Stadt Bremen votierten von den 234 815 Wählerinnen und Wählern 40 218 für die GRÜNEN, mithin ein Stimmenanteil von 17,4 %. Gegenüber dem Wahlgang vor vier Jahren ist dies ein Zugewinn von fast 4 %-Punkten. Auch in Bremerhaven, einer Stadt, die traditionell eher ein schwieriges Terrain für die GRÜNEN darstellt, verbesserten sie ihre Position deutlich, und zwar stieg der Stimmenanteil von 8,9 % (2003) auf 12,0 % (2007).

FDP: In beiden Wahlbereichen die 5 %-Hürde genommen

Nach den bemerkenswerten Wahlerfolgen der Freien Demokraten bei den Landtagswahlen im Jah-

re 2006 (zwischen 7,6 % in Berlin und 10,7 % in Baden-Württemberg) war auch für Bremen als eine der früheren Stammregionen der FDP wiederum der Einzug ins Parlament – und zwar in beiden Wahlbereichen des Landes Bremen – erwartet worden. Denn immerhin ist Bremen die Stadt, in der Hans-Dietrich Genscher in den fünfziger Jahren seine ersten politischen Erfolge im Westen feiern konnte, begünstigt durch eine gewachsene hanseatische Bürgertradition.

Am 13. Mai 2007 gelang der FDP der Einzug in die Bremische Bürgerschaft in Fraktionsstärke. Auffällig war dabei insbesondere das gute Abschneiden der Liberalen im Wahlbereich Bremerhaven. Hier erzielte sie 8,8 % der abgegebenen gültigen Stimmen. Doch auch in der Stadt Bremen überwand die FDP die 5 %-Hürde. Auf sie entfielen 12 598 Stimmen von den insgesamt 234 815 gültigen, also 5,4 %.

Fragt man, in welchen sozialen Milieus die FDP bei der diesjährigen Wahl die größten Erfolge erzielte, so heben sich in der Stadt Bremen erwartungsgemäß die traditionell bürgerlichen Viertel von den übrigen Gebieten positiv ab. Hier erhielt die FDP auch in der Stadt Bremen mit 7,9 % der Stimmen ein ähnliches Ergebnis wie in Bremerhaven, wohingegen sie z.B. in den älteren Arbeitervierteln im Durchschnitt unter 5 % blieb.

Die Linkspartei.: Auf Anhieb in der Bremischen Bürgerschaft

Mit der Linkspartei. hat bei der diesjährigen Wahl eine „neue“ politische Gruppierung erstmals den Einzug in ein westdeutsches Länderparlament geschafft, und dies auf Anhieb mit einem Stimmenanteil von 8,4 %. Insgesamt 23 296 Wählerinnen und Wähler gaben der neuen fusionierten Partei (aus PDS und WASG) ihre Stimme. Möglicherweise überrascht es, dass Die Linke. nicht in den älteren

Arbeitsvierteln der Stadt Bremen ihre höchsten Stimmenanteile erzielte – obwohl sie auch dort mit 9,6 % auf sehr achtbare Resonanz traf – sondern ihre Hochburgen mit 12,8 % im Innenstadtbereich und den angrenzenden Vierteln fand. In diesen Quartieren sind bekanntlich auch die GRÜNEN stark vertreten. Selbst in den Großsiedlungen kam Die Linkspartei auf 8,0 %.

BIW, DVU und Sonstige

Die nur im Wahlbereich Bremerhaven angetretene Wählervereinigung Bürger in Wut (BIW) erreichte dort nach dem amtlichen Endergebnis 2 216 (4,99 %) der abgegebenen gültigen Stimmen, womit sie keinen Sitz in der Bürgerschaft erhält. Hierzu fehlt ihr eine Stimme. Die DVU hingegen konnte in Bremerhaven 2 375 Stimmen auf sich vereinigen;

das sind 5,4 % der gültigen Stimmen. Damit zieht auch ein Mandatsträger der DVU in die neue Bürgerschaft ein.

Unter den sonstigen Parteien und Wählervereinigungen konnte nur die Vereinigung „Bremen muß leben“ (Die Konservativen) mehr als 1 Prozent der Stimmen im Lande Bremen auf sich vereinigen. Für sie votierten 4 465 Wählerinnen und Wähler, was einen Anteil von 1,6 % der abgegebenen gültigen Stimmen ausmacht.

Ergebnisse der Bürgerschaftswahl 2007 im Lande Bremen nach Altersgruppen und Geschlecht

Der vorliegende Beitrag ist bereits am 14. Mai 2007 mit vorläufigen Ergebnissen der Bürgerschaftswahl in Heft 110 der Statistischen Mitteilungen „Wahl zur Bremischen Bürgerschaft 2007“ erschienen. Der nachfolgende überarbeitete Text enthält die endgültigen Ergebnisse der Wahl.

1 Vorbemerkung

Neben den allgemeinen statistischen Auswertungen der Wahlergebnisse werden bei Bundes- und Landtagswahlen sowie Europawahlen in der Regel die Stimmergebnisse auch in der Unterscheidung nach Geschlecht und verschiedenen Altersgruppen ausgezählt, um das Wahlergebnis in der entsprechenden Differenzierung analysieren zu können. In repräsentativ ausgewählten Wahlbezirken werden hierzu Stimmzettel ausgegeben, die nach Geschlecht und Altersgruppen verschieden gekennzeichnet sind. Auch bei der diesjährigen Bürgerschaftswahl im Lande Bremen wurde wieder so verfahren. Die Rechtsgrundlage hierfür ist § 57 Abs. 2 Landwahlgesetz.¹ Die Auswahl dieser Wahlbezirke und die Stimmenauszählung ist so vorgenommen worden, dass das Wahlgeheimnis gewahrt bleibt.

Von den insgesamt 410 Urnenwahlbezirken im Lande Bremen sind für Zwecke der repräsentativen Wahlstatistik 20 Bezirke ausgewählt worden. Die Bezirke liegen über die Stadtgebiete Bremens (16) und Bremerhavens (4) verstreut. Sie sind stets so groß, dass durch die Differenzierung der Stimmzettel kein Rückschluss auf die Stimmabgabe einzelner Wähler möglich ist. In der Nacht nach dem Wahltag am 13.05.2007 waren zunächst 16 Wahlbezirke der Stadt Bremen in die Untersuchung einbezogen und deren Ergebnisse in Heft 110 der Statistischen Mitteilungen „Wahl zur Bremischen Bürgerschaft 2007“ veröffentlicht worden. Die nachfolgende Untersuchung enthält jetzt die Ergebnisse für das Land Bremen insgesamt. Im Unterschied zum Vorgehen bei der allgemeinen Wahlanalyse können die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik nicht in tieferer regionaler Gliederung (z.B. für Ortsteile) dargestellt werden.

Tab. 1

Repräsentativ- und Gesamtergebnis 2007 der Bürgerschaftswahl (Landtag) im Lande Bremen (ohne Briefwahl)
%

Gegenstand der Nachweisung	Repräsentativ- ergebnis	Gesamt- ergebnis
Wahlbeteiligung	56,3	53,6
Stimmenanteil		
SPD	37,7	37,2
CDU	24,4	24,9
GRÜNE	16,3	16,4
FDP	5,6	5,8
Sonstige dar.	16,0	15,8
DVU	2,9	3,0
Die Linke.	8,6	8,7

¹ Bremisches Wahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Mai 1990 (Brem.GBl. S. 321), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Februar 2006 (Brem.GBl. S. 99)

Bei der Darstellung der Stimmabgabe für die einzelnen Parteien nach dem Alter werden – jeweils für Männer und Frauen – folgende Altersgruppen unterschieden:

18	bis unter	25	Jahre
25	bis unter	35	Jahre
35	bis unter	45	Jahre
45	bis unter	60	Jahre
60	Jahre und älter		

Für die Altersstruktur der Wahlberechtigten sowie die Wahlbeteiligung gelten die nachstehenden 10 Altersgruppen:

18	bis unter	21	Jahre
21	bisunter	25	Jahre
25	bis unter	30	Jahre
30	bis unter	35	Jahre
35	bis unter	40	Jahre
40	bis unter	45	Jahre
45	bis unter	50	Jahre
50	bis unter	60	Jahre
60	bis unter	70	Jahre
70	Jahre und älter		

Die für die hier dargestellten Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik ausgewählten Wahlbezirke umfassen insgesamt rd. 25 000 Wahlberechtigte. Das sind 5,1 % aller Wahlberechtigten im Lande Bremen. Den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik liegt damit eine sehr viel breitere Datenbasis zugrunde als wahlanalytischen Untersuchungen nichtamtlicher Stellen, die in der Regel auf Angaben weniger tausend Personen beruhen. Außerdem handelt es sich bei den Analysen von Institutionen außerhalb der amtlichen Statistik um Auswertungen von Meinungsäußerungen vor und nach der Wahl, während die repräsentative Wahlstatistik die tatsächliche Wahlentscheidung auswertet.

Vergleicht man die Zahlen über die Höhe der Wahlbeteiligung sowie die Stimmenanteile der einzelnen Parteien aus den repräsentativen Wahlbezirken mit dem Gesamtergebnis für das Land Bremen, dann zeigt sich eine recht gute Übereinstimmung (vgl. Tab.1). Die Ergebnisse für die ausgewählten Wahlbezirke können also als hinreichend aussagefähig für die Gesamtheit der Wahlentscheidung angesehen werden.

2 Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung Mehr weibliche als männliche Wahlberechtigte

Bei der Bürgerschaftswahl am 13. Mai 2007 waren im Lande Bremen insgesamt rd. 486 000 (deutsche) Personen wahlberechtigt. Wie schon bei den vorangegangenen Wahlen auf Bundes- und Lan-

Tab. 2

**Altersstruktur der Wahlberechtigten und Wähler¹ bei der Bürgerschaftswahl 2007
im Lande Bremen nach Altersgruppen und Geschlecht**
%

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahre	Altersstruktur der Wahlberechtigten			Altersstruktur der Wähler ¹		
	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
18 - 21	3,3	2,9	3,1	2,9	2,6	2,7
21 - 25	6,2	4,8	5,5	4,9	3,4	4,1
25 - 30	6,7	6,2	6,4	4,6	4,3	4,5
30 - 35	6,3	5,3	5,8	5,2	4,8	5,0
35 - 40	8,2	7,6	7,9	7,4	7,7	7,6
40 - 45	10,5	9,2	9,8	10,3	9,8	10,0
45 - 50	9,5	9,1	9,3	10,0	9,6	9,8
50 - 60	16,5	15,7	16,1	17,9	17,5	17,7
60 - 70	16,8	16,0	16,3	19,1	18,2	18,6
70 und mehr	16,0	23,2	19,8	17,7	22,1	20,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹ Ohne Briefwähler bzw. Wähler mit Wahlschein.

desebene lag der Anteil weiblicher Wahlberechtigter auch bei der diesjährigen Bürgerschaftswahl wieder deutlich über dem Wert für männliche Wahlberechtigte. So waren 2007 53,5 % der Wahlberechtigten Frauen und 46,5 % Männer.²

Jeder dritte Wahlberechtigte 60 Jahre oder älter

Auch hinsichtlich der Altersstruktur zeigte sich bei der Bürgerschaftswahl 2007 wieder ein ähnliches Muster wie bei früheren Wahlen: Ältere Wahlberechtigte waren häufiger vertreten als jüngere Altersgruppen (vgl. Tab.2). Mehr als ein Drittel aller Wahlberechtigten (36,2 %) hatte bereits das 60. Lebensjahr erreicht. Dagegen waren nur 8,6 % jünger als 25 Jahre. Einen besonders hohen Anteil wiesen ältere Personen unter den wahlberechtigten Frauen auf: Waren hier 39,2 % 60 Jahre oder älter, so betrug der entsprechende Wert bei Männern nur 32,8 %. Dagegen fanden sich unter den männlichen Wahlberechtigten sowohl jüngere Altersgruppen als auch Personen mittleren Alters relativ häufiger als bei den Frauen: 22,5 % der Männer waren jünger als 35 Jahre, gegenüber 19,2 % der Frauen; ein Alter zwischen 35 und 60 Jahren hatten ebenfalls relativ mehr männliche Wahlberechtigte (44,7 %) erreicht als Frauen (41,6 %).

Relativ mehr ältere Wahlberechtigte als vor 4 Jahren

Verglichen mit der vorigen Bürgerschaftswahl im Jahre 2003 sind wieder leichte Verschiebungen in der Altersstruktur zugunsten älterer Wahlberechtigter festzustellen. Damit hat sich ein seit einigen Jahren zu beobachtender Trend fortgesetzt. So hat sich der Anteil der Personen im Alter von 60 und mehr Jahren innerhalb von 4 Jahren nochmals erhöht; das trifft allerdings auch auf den Anteil der unter 25-Jährigen zu, während relativ weniger Wahlberechtigte im Alter zwischen 35 und 45 Jahren gezählt wurden.

Wie die folgende Untersuchung zeigen wird,

lassen sich zwischen Jüngeren und Älteren bzw. zwischen Männern und Frauen teilweise recht deutliche Unterschiede im Wahlverhalten erkennen. Dem zahlenmäßigen Gewicht der einzelnen Altersgruppen bei männlichen und weiblichen Wahlberechtigten kommt also ein spürbarer Einfluss auf das Gesamtergebnis der Bürgerschaftswahl zu.

Wahlscheine überwiegend von älteren Wahlberechtigten beantragt

Ein Wahlberechtigter kann einen Wahlschein beantragen, wenn er verhindert ist, seine Stimme am Wahltag in dem für ihn vorgesehenen Wahllokal abzugeben. In der Regel handelt es sich bei Wahlscheininhabern um Briefwähler. Auch bei der diesjährigen Bürgerschaftswahl wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, brieflich bzw. unter Verwendung eines Wahlscheines zu wählen. Insgesamt 9,6 %³ aller Wahlberechtigten hatten einen Wahlschein beantragt (vgl. Tab.3). Das waren deutlich weniger als bei der letzten Bürgerschaftswahl (12,3 %).

Fast jeder zweite Wahlscheininhaber (48,4 %) war 60 Jahre oder älter. Am häufigsten hatten Personen im Alter von 70 und mehr Jahren einen Wahlschein beantragt; 13,3 % der Wahlberechtigten dieser Altersgruppe waren Brief- bzw. Wahlscheinwähler. Auch bei Wahlberechtigten im Alter zwischen 60 und 70 Jahren verfügte mit 12,2 % ein überdurchschnittlich hoher Anteil über einen Wahlschein. Deutlich geringer vertreten waren Wahlscheininhaber dagegen in den jüngeren Altersgruppen; so hatten von den 18- bis unter 21-jährigen Wahlberechtigten nur 3,5 % einen Wahlschein beantragt. Diese altersspezifischen Unterschiede der Stimmabgabe per Briefwahl galten in gleicher Weise auch bei früheren Wahlen.

Die stärkere Nutzung von Wahlscheinen durch ältere Wahlberechtigte war sowohl bei Männern als auch bei Frauen zu beobachten. Allgemein unterscheiden sich die Anteilssätze der einzelnen Altersgruppen zwischen Männern und Frauen nur wenig voneinander.

² Geschlechts- und altersspezifische Werte beziehen sich im Folgenden stets auf die Daten der 20 repräsentativ ausgewählten Wahlbezirke

³ Wert gemäß Stichprobe

Tab. 3

Inhaber von Wahlscheinen bei der Bürgerschaftswahl 2007 im Lande Bremen nach Altersgruppen und Geschlecht
 %

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahre	Von 100 Wahlberechtigten der Altersgruppe waren Inhaber von Wahlscheinen			Von 100 Wahlscheininhabern waren Männer bzw. Frauen			Altersstruktur der Wahlscheininhaber		
	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
18 - 21	2,9	4,1	3,5	40,7	59,3	100	1,1	1,2	1,1
21 - 25	6,0	7,3	6,6	47,8	52,2	100	4,1	3,5	3,8
25 - 30	6,5	7,4	6,9	45,0	55,0	100	4,8	4,6	4,6
30 - 35	5,1	6,7	5,9	43,5	56,5	100	3,5	3,6	3,6
35 - 40	7,9	7,1	7,5	51,0	49,0	100	7,1	5,4	6,2
40 - 45	7,9	9,0	8,5	46,4	53,6	100	9,1	8,3	8,7
45 - 50	7,1	7,2	7,2	47,0	53,0	100	7,4	6,6	7,0
50 - 60	9,3	10,5	9,9	44,9	55,1	100	17,1	16,4	16,7
60 - 70	12,1	12,4	12,2	47,2	52,8	100	22,4	19,6	20,8
70 und mehr	13,3	13,3	13,3	37,4	62,6	100	23,4	30,8	27,5
Insgesamt	9,1	10,0	9,6	44,0	56,0	100	100	100	100

Höhere Wahlbeteiligung bei älteren Wahlberechtigten

Im Durchschnitt aller Altersgruppen machten bei der diesjährigen Bürgerschaftswahl 56,3 %⁴ aller Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Ältere Wahlberechtigte beteiligten sich, wie es schon bei vorangegangenen Wahlen beobachtet werden konnte, relativ häufiger an der Wahl als Jüngere. So erreichte die Wahlbeteiligung 2007 ihren höchsten Wert bei den 60- bis unter 70-Jäh-

Ältere Wahlberechtigte machen relativ häufiger von ihrem Wahlrecht Gebrauch als jüngere, wobei Erstwähler etwas häufiger zur Wahlurne gingen als die übrigen jungen Wahlberechtigten.

Diese altersspezifischen Unterschiede in der Wahlbeteiligung gelten für Männer und Frauen gleichermaßen. Insgesamt zeigt sich allerdings, dass Männer etwas häufiger an der Wahl teilnahmen (57,3 %) als Frauen (55,4 %).

3 Stimmabgabe
3.1 Altersstruktur der Wähler
SPD: Ausgeglichene Altersstruktur, etwas größere Erfolge bei Frauen und Älteren

Insgesamt errang die SPD 37,7 % der Wählerstimmen, wobei Frauen etwas häufiger für die Sozialdemokraten votierten (40,2 %) als Männer (34,9 %). Zwischen den einzelnen Altersgruppen konnten dabei keine allzu gravierenden Unterschiede im Stimmanteil gemessen werden. So variierten die auf die SPD entfallenen Stimmanteile zwischen 34,9 % bei den 18- bis unter 25-Jährigen und 40,4 % bei den über 60-Jährigen. Bei den älteren Wählern fand die SPD also relativ mehr Anhänger als bei den jüngsten Wählern.

CDU: Kaum Unterschiede zwischen Männern und Frauen, erheblich mehr Erfolge bei Älteren als bei Jüngeren

Deutlich stärker differenziert fielen die altersspezifischen Stimmanteile dagegen bei der CDU aus. Im Durchschnitt aller Altersgruppen gaben 24,4 % der Wählerinnen und Wähler ihre Stimme den Christdemokraten. Während zwischen Männern (24,5 %) und Frauen (24,2 %) hierbei kaum Unterschiede im Stimmverhalten festzustellen sind, ergeben sich zwischen den verschiedenen Altersgruppen dafür um so größere Unterschiede. Die Stimmanteile schwanken zwischen 16,3 % bei den 18- bis unter 25-Jährigen und 33,5 % bei den über 60-Jährigen. Dabei fällt auf, dass die Stimmanteile der CDU in allen Altersgruppen bis zu den 60-Jährigen unter der 20 %-Marke blieben, um bei den über 60-Jährigen

Tab. 4

Wahlbeteiligung¹ bei den Bürgerschaftswahlen 2007 und 2003 im Lande Bremen nach Altersgruppen und Geschlecht
 %

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahre	Männer		Frauen		Insgesamt	
	2007	2003	2007	2003	2007	2003
	18 - 21	46,1	55,3	46,2	51,0	46,2
21 - 25	44,2	42,6	38,0	35,6	41,3	39,1
25 - 30	38,5	39,0	37,4	39,1	37,9	39,0
30 - 35	45,2	49,1	48,0	51,1	46,6	50,2
35 - 40	51,0	53,9	55,2	56,2	53,2	55,1
40 - 45	55,5	58,0	58,0	58,0	56,8	58,0
45 - 50	59,7	60,5	56,5	59,4	58,0	59,9
50 - 60	61,9	63,6	62,3	66,7	62,1	65,2
60 - 70	67,3	71,5	64,8	71,8	66,0	71,7
70 und mehr	66,6	71,3	54,8	60,5	59,2	64,2
Insgesamt	57,3	60,0	55,4	59,3	56,3	59,6

¹ Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten ohne Wahlschein.

rigen (66,0 %) und bei den 50- bis unter 60-Jährigen (62,1 %). Ein spürbar niedrigeres Wahlinteresse wurde bei den Jüngeren festgestellt. Eine besonders ausgeprägte Wahlmüdigkeit zeigte sich hierbei in den Altersgruppen der 25- bis unter 30-Jährigen, von denen lediglich 37,9 % der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben. Eine Ausnahme unter den jüngeren Wahlberechtigten machten dagegen die erstmals an einer (Bürgerschafts-)Wahl teilnehmenden 18- bis unter 21-Jährigen, von denen 46,2 % ihre Stimme abgaben. Obwohl in fast allen Altersgruppen die Wahlbeteiligung unter den Werten der vorigen Bürgerschaftswahl lag, zeigt sich auch 2007 wieder das seit früheren Wahlen bekannte Muster:

⁴ Wert gemäß Stichprobe

Tab. 5

**Stimmabgabe¹ bei der Bürgerschaftswahl 2007 im Lande Bremen
nach Altersgruppen und Geschlecht**
%

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahre	Geschlecht	Gültige Stimmen	Von den gültigen Stimmen entfielen auf							Ungültige Stimmen
			SPD	CDU	GRÜNE	FDP	Sonstige	darunter		
								DVU	Die Linke.	
(A) in % jeder Altersgruppe										
18 - 25	Männer	100	36,1	16,9	21,4	8,1	17,5	6,8	6,8	1,7
	Frauen	100	33,6	15,5	34,3	4,0	12,5	4,3	6,3	0,5
	Insgesamt	100	34,9	16,3	27,3	6,2	15,2	5,7	6,6	1,1
25 - 35	Männer	100	31,6	21,5	17,3	9,7	19,8	7,5	8,7	1,3
	Frauen	100	41,4	16,9	22,5	6,1	13,1	2,6	5,1	1,5
	Insgesamt	100	36,5	19,2	19,9	7,9	16,5	5,0	6,9	1,4
35 - 45	Männer	100	32,7	20,1	21,3	6,8	19,1	4,4	10,6	1,3
	Frauen	100	40,1	15,8	24,1	5,1	14,9	1,9	7,3	0,7
	Insgesamt	100	36,6	17,8	22,8	5,9	16,9	3,1	8,9	1,0
45 - 60	Männer	100	34,3	20,0	19,5	4,8	21,4	3,8	14,0	1,3
	Frauen	100	36,9	19,3	21,9	5,6	16,3	2,0	9,6	1,2
	Insgesamt	100	35,7	19,6	20,8	5,2	18,7	2,9	11,7	1,2
60 und mehr	Männer	100	37,1	32,6	7,3	5,5	17,5	3,1	9,7	1,4
	Frauen	100	43,1	34,3	7,2	4,7	10,7	0,9	4,9	1,6
	Insgesamt	100	40,4	33,5	7,3	5,1	13,8	1,9	7,1	1,5
Insgesamt	Männer	100	34,9	24,5	15,3	6,2	19,1	4,3	10,8	1,4
	Frauen	100	40,2	24,2	17,2	5,1	13,3	1,7	6,7	1,2
	Insgesamt	100	37,7	24,4	16,3	5,6	16,0	2,9	8,6	1,3
(B) in % der von den Männern und Frauen für die einzelnen Parteien in jeder Altersgruppe abgegebenen Stimmen										
18 - 25	Männer	54,0	55,8	56,0	42,2	70,4	62,1	65,3	56,1	80,0
	Frauen	46,0	44,2	44,0	57,8	29,6	37,9	34,7	43,9	20,0
	Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
25 - 35	Männer	49,9	43,2	56,0	43,3	61,3	60,1	74,6	63,0	47,1
	Frauen	50,1	56,8	44,0	56,7	38,7	39,9	25,4	37,0	52,9
	Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
35 - 45	Männer	47,5	42,4	53,6	44,5	54,9	53,7	68,1	56,7	63,6
	Frauen	52,5	57,6	46,4	55,5	45,1	46,3	31,9	43,3	36,4
	Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
45 - 60	Männer	47,9	46,1	48,8	44,9	44,4	54,7	63,6	57,3	48,8
	Frauen	52,1	53,9	51,2	55,1	55,6	45,3	36,4	42,7	51,2
	Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
60 und mehr	Männer	45,2	41,5	43,9	45,6	49,2	57,5	73,9	62,4	43,2
	Frauen	54,8	58,5	56,1	54,4	50,8	42,5	26,1	37,6	56,8
	Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Insgesamt	Männer	47,4	43,9	47,7	44,4	52,3	56,4	69,0	59,1	50,0
	Frauen	52,6	56,1	52,3	55,6	47,7	43,6	31,0	40,9	50,0
	Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
(C) in % der auf die Parteien entfallenen Stimmen										
18 - 25	Männer	7,9	8,1	5,4	11,0	10,3	7,2	12,6	5,0	9,6
	Frauen	6,0	5,1	3,9	12,0	4,8	5,7	14,9	5,7	2,4
	Insgesamt	6,9	6,4	4,6	11,6	7,7	6,6	13,3	5,3	6,0
25 - 35	Männer	9,8	8,9	8,6	11,1	15,5	10,2	17,3	8,0	9,6
	Frauen	8,9	9,2	6,2	11,6	10,7	8,8	13,2	6,8	10,8
	Insgesamt	9,3	9,0	7,4	11,4	13,2	9,6	16,0	7,5	10,2
35 - 45	Männer	18,0	16,9	14,8	25,2	19,8	18,0	18,5	17,8	16,9
	Frauen	18,0	17,9	11,7	25,1	17,9	20,2	19,3	19,7	9,6
	Insgesamt	18,0	17,5	13,2	25,1	18,9	19,0	18,8	18,6	13,3
45 - 60	Männer	27,7	27,2	22,6	35,3	21,7	31,0	24,8	36,1	25,3
	Frauen	27,2	25,0	21,6	34,6	29,8	33,3	31,6	38,9	26,5
	Insgesamt	27,4	26,0	22,1	34,9	25,6	32,0	26,9	37,2	25,9
60 und mehr	Männer	36,5	38,8	48,5	17,5	32,6	33,5	26,8	33,1	38,6
	Frauen	39,9	42,8	56,6	16,7	36,9	32,1	21,1	29,0	50,6
	Insgesamt	38,3	41,1	52,7	17,0	34,7	32,9	25,0	31,4	44,6
Insgesamt	Männer	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Frauen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1 Ohne Stimmen der Briefwähler.

Abb. 1
Wahlbeteiligung bei den Bürgerschaftswahlen 2003 und 2007
im Lande Bremen
in %

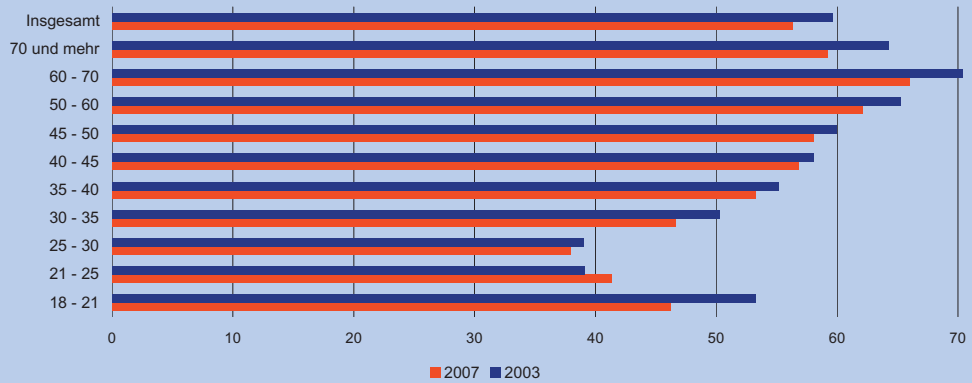


Abb. 2
Alterstruktur der Wähler bei der Bürgerschaftswahl 2007
im Lande Bremen nach Parteien

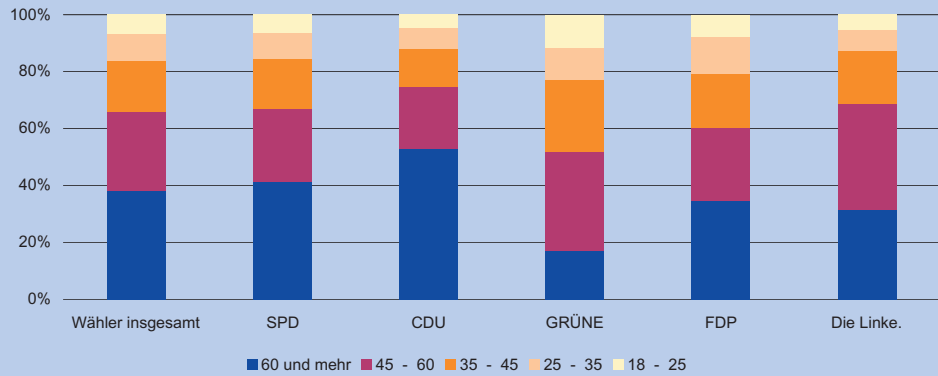
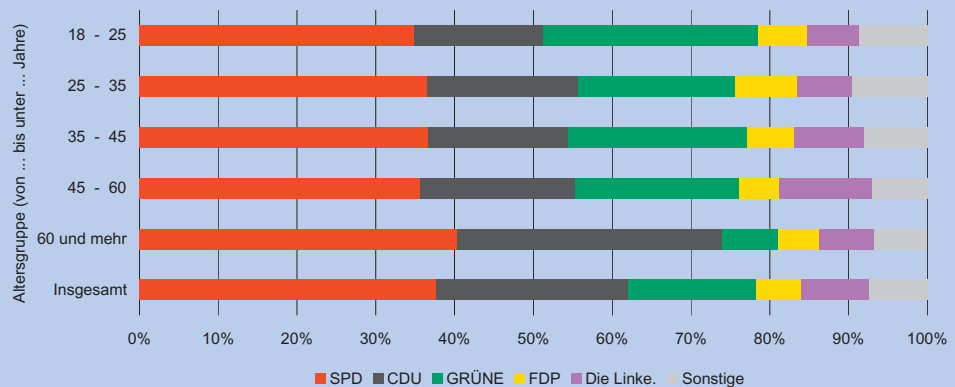


Abb. 3
Stimmanteile der Parteien bei der Bürgerschaftswahl 2007
im Lande Bremen nach Altersgruppen



dafür aber umso deutlicher darüber hinaus zu gehen (33,5 %).

GRÜNE: Höchster Stimmanteil bei jungen Wählern und hier vor allem bei Frauen

Auch bei den von den GRÜNEN erzielten Stimmanteilen sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Altersgruppen beträchtlich, wobei die Spannweite von 7,3 % (über 60-Jährige) bis 27,3 % (18- bis unter 25-Jährige) reicht; im Durchschnitt aller Altersgruppen votierten 16,3 % der Wählerinnen und Wähler für die GRÜNEN. Im Unterschied zur Wählerschaft der CDU haben also gerade die jüngsten Wähler den GRÜNEN zum Erfolg verholfen, während die über 60-Jährigen mit ihrem Stimmanteil erheblich unter dem Durchschnittswert blieben. Auch für die GRÜNEN zeigt sich die Altersgrenze für den Erfolg bei den 60-Jährigen: In allen Altersgruppen darunter liegen die Stimmanteile über oder knapp unter der 20 %-Marke und bei den über 60-Jährigen mit 7,3 % umso deutlicher darunter. Zwischen Männern (15,3 %) und Frauen (17,2 %) sind die Unterschiede in den Stimmanteilen im Durchschnitt aller Altersgruppen nur gering. Dabei fällt allerdings auf, dass in der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen, bei denen die GRÜNEN ihren größten Erfolg verbuchen konnten, der Stimmanteil bei den Frauen mit 34,3 % erheblich über demjenigen der Männer (21,4 %) lag.

Die Linke.: Erfolgreicher bei Männern als bei Frauen, zweistelliger Stimmanteil bei 45- bis unter 60-Jährigen

Die erstmals in die Bürgerschaft einziehenden Mitglieder der Partei „Die Linke.“ konnten einen Stimmanteil von 8,6 % für sich verbuchen. Altersspezifische Unterschiede im Stimmanteil lassen sich dabei im Großen und Ganzen nur wenig erkennen. Mit Stimmanteilen zwischen 6,6 % (18- bis unter 25-Jährige) und 8,9 % (35- bis unter 45-Jährige) weichen die meisten Altersgruppen nur wenig vom Durchschnitt ab. Als einzige Ausnahme sind die 45- bis unter 60-Jährigen zu sehen, deren Stimmanteil für „Die Linke.“ mit 11,7 % deutlich im zweistelligen Bereich liegt. In allen Altersgruppen haben relativ mehr Männer als Frauen „Die Linke.“ gewählt; im Durchschnitt aller Altersgruppen lagen die Stimmanteile der Männer bei 10,8 % und die der Frauen bei 6,7 %.

FDP: Ausgeglichenes Ergebnis nach Altersgruppen und Geschlecht

Bei den Freien Demokraten, deren Stimmanteil im Durchschnitt 5,6 % erreichte, lassen sich sowohl nach Altersgruppen als auch nach Geschlecht nur geringe Unterschiede zwischen den einzelnen Stimmanteilen erkennen. Etwas deutlicher über dem Durchschnitt liegt allenfalls der Stimmanteil bei den 25- bis unter 35-Jährigen, wobei vor allem männliche Wähler (9,7 %) für das Ergebnis verantwortlich sind.

3.2 Parteipräferenzen der Altersgruppen

In allen Altersgruppen konnte sich als stärkste Partei die SPD durchsetzen. Wähler im Alter über 60 Jahren setzten die SPD mit einem Stimmanteil von 40,4 % auf Platz 1 und mit 33,5 % ebenso deutlich die CDU auf Platz 2. Dagegen folgten in dieser Altersgruppe die übrigen Parteien erst mit klarem Abstand, wobei sich GRÜNE und Die Linke. mit 7,3 % bzw. 7,1 % nahezu gleichauf den dritten Platz teilten. Bei der jüngsten Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen folgten der erstplatzierten SPD (34,9 %) an zweiter Stelle dagegen die GRÜNEN mit 27,3 %, während die CDU mit deutlichem Abstand (16,3 %) den dritten Platz einnimmt. Auch in den übrigen Altersgruppen unter 60 Jahren nahmen die GRÜNEN vor der CDU den zweiten Platz ein. Ihren im Durchschnitt aller Altersgruppen erreichten zweiten Platz verdankt die CDU also den Wählern im Alter über 60 Jahren.

Sozialräumliche Entwicklung der Lebenserwartung und Sterblichkeit in der Stadt Bremen

Wachsende soziale Ungleichheit

Auch in einem wohlhabenden Land wie Deutschland hängt die Lebenserwartung im erheblichen Maße ab vom sozialen Status, und dies trotz eines gut ausgebauten, allgemein zugänglichen Gesundheitssystems. Wer arm ist, stirbt im Durchschnitt früher. Der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen „Reich“ und „Arm“ ist sogar beträchtlich. Nach den Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) haben Männer, deren Einkommen in das oberste Quartil der Einkommensverteilung fällt, in Deutschland eine mittlere Lebenserwartung von 82 Jahren. Männer mit einem Einkommen aus dem Bereich des untersten Quartils kommen dagegen auf eine deutlich geringere Lebenserwartung von nur 72 Jahren. Bei den Frauen ist die Kluft nicht ganz so ausgeprägt, aber immer noch markant. Hier beträgt die Differenz in der Lebenserwartung zwischen der höchsten und der niedrigsten Einkommensgruppe fünf Jahre (86 vs. 81 Jahre).¹

Angesichts der fortschreitenden Polarisierung der Gesellschaft liegt die Vermutung nahe, dass sich die sozialen Unterschiede in der Lebenserwartung und Sterblichkeit sogar noch ausweiten könnten. Bereits in den 1970er Jahren entstand unter dem Eindruck wachsender struktureller Arbeitslosigkeit und der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse das Schlagwort von der „Zweidrittelgesellschaft“. In ihr leben zwei Drittel der Bevölkerung relativ abgesichert, während das übrige Drittel am Wohlstand nicht mehr teilhat. Obwohl dieses Bild die tatsächlichen Verhältnisse wohl ein wenig überzeichnet,² ist mittlerweile viel von der Spaltung der Gesellschaft oder vom Aufkommen einer neuen Klassengesellschaft die Rede.

Zu Recht wird immer wieder auf den allgemeinen Wohlstand und auf das hohe Wohlfahrtsniveau in Deutschland hingewiesen. Verglichen mit den anderen Ländern der EU hat die Bevölkerung in Deutschland ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko.³ Dennoch mehren sich die Hinweise, dass es benachteiligende Lebenslagen auch hierzulande immer häufiger gibt und dass Ausgrenzungsrisiken größer geworden sind. Seit den 1970er Jahren nimmt in Deutschland die relative Einkommensarmut offenbar zu.⁴ Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung konstatierte ebenfalls einen Anstieg der Armutsquote, und zwar von 12,1% (1998) auf 13,5% (2003).⁵ Ein Hinweis auf die Verfestigung von Armutslagen ist der wachsende Anteil dauerhaft Arbeitsloser unter den Beschäftigungslosen, deren Quote von 25,8% (September 1992) auf 40,3% (September 2004) anstieg.⁶ Arbeitslosigkeit und Armut bedrohen inzwischen auch Teile der Mittelschicht und schüren Abstiegsängste. Ein weiteres Indiz für die größer werdende soziale Ungleichheit ist die Schieflage in der Einkommensentwicklung. Nach Analysen des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) blieben zwischen 1992 und 2001 die preisbereinigten Markteinkom-

men im Durchschnitt konstant, Bezieher hoher und höchster Einkommen jedoch erzielten deutliche Einkommenszuwächse.⁷

In den Städten manifestiert sich das Öffnen dieser Schere in zunehmender sozialer Segregation, Stadtforscher sprechen in diesem Zusammenhang von „sozialräumlicher Polarisierung“, von „Dualisierung“ oder von der „Spaltung der Stadt“ in einen Armuts- und Reichtumspol. Gemeint ist die verstärkte Konzentration von armen, diskriminierten Bevölkerungsgruppen und Wohlhabenden in jeweils unterschiedlichen Wohnvierteln. Erste Anzeichen dieser Entwicklung zeigten sich bereits in den 1980er Jahren.⁸ Als ursächlich gelten im Wesentlichen drei Faktoren,⁹ einer davon ist das Schwinden des sozialen Wohnungsbaus. Somit verengte sich der Wohnungsmarkt für gesellschaftliche Randgruppen, ihnen stehen vielfach nur noch Teilmärkte in unattraktiven Wohngebieten offen. Ein weiterer Faktor sind selektive Wanderungen, die die sozialstrukturelle Entmischung von Wohnquartieren forcieren. Kaufkräftige und integrierte Haushalte verlassen problematisch werdende Stadtgebiete, an ihre Stelle rücken sozial abgerutschte Einheimische und schlecht integrierte Zuwanderer. Schließlich bewirkten die massiven Verluste an Industriearbeitsplätzen oftmals den Niedergang traditioneller Arbeiterviertel. Die lokale Kaufkraft sank, Geschäfte mussten rückläufige Umsätze und Vermieter schrumpfende Mieteinnahmen hinnehmen. Die Folge sind Leerstände und Verwahrlosungstendenzen, die oftmals eine Abwärtsspirale in Gang setzen: Angesichts wachsender Schwierigkeiten im Wohnquartier wandern integrierte Haushalte ab, wodurch die Häufung sozialer Probleme nochmals zunimmt und weitere Fortzüge auslöst.

Es besteht die Gefahr, dass sozialräumliche Polarisierung auf eine dauerhafte Ausgrenzung von Teilen der städtischen Armutsbevölkerung hinausläuft. Eine schärfer werdende Segregation kann Ausgrenzung verstärken, sie kann aber auch selbst die Ursache für Ausgrenzung und Desintegration sein. Aus benachteiligten Stadtvierteln werden sozusagen benachteiligende Nachbarschaften.¹⁰ Die Ausgrenzungsprozesse vollziehen sich dabei auf verschiedenen Ebenen, etwa auf der kulturellen Ebene durch negative Bewertungen (Stigmatisierungen) und Zurücksetzungen (Diskriminierungen). So macht eine „schlechte Adresse“ die Suche nach einer Lehrstelle oder die Eröffnung eines Bankkontos schwieriger. Auf der sozialen Ebene kommt es zu Ausgrenzungen, wenn sich soziale Kontakte nach und nach auf ähnlich benachteiligte Personen beschränken. Damit gehen auch Ressourcen verloren oder sind von vornherein unerreichbar. Menschen, die schon lange arbeitslos sind, kennen möglicherweise kaum noch jemanden, der erwerbstätig ist und der sie über offene Stellen im Unternehmen informieren könnte. Auch Kinder und Jugendliche sind von Ausgrenzung bedroht, wenn sie in Gegenden aufwachsen,

* Dr. Günter Tempel ist Leiter des Referats „Kommunale Gesundheitsberichterstattung im Gesundheitsamt Bremen

¹ SVR - Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (2005): Koordination und Qualität im Gesundheitswesen. Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/5670, S. 66, Tabelle 4

² Geißler, R. (2002): Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung. 3., grundlegend überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 269

³ Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hg.) (2005): Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn. S. 19

⁴ Buhr, P. (2004): Armut und Armutsentwicklung in Deutschland. Status Quo und mögliche Folgen der Reformpolitik. ZeS-Arbeitspapier Nr. 4/2004. Hg. vom Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen. Bremen. S. 10

⁵ Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hg.) (2005): Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn. S. 20, Tabelle I:2

⁶ Daten: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), eigene Berechnungen

⁷ Bach, S., Steiner, V. (2007): Zunehmende Ungleichheit der Markteinkommen: Reale Zuwächse nur für Reiche. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Heft 13, S. 193-198

⁸ Häußermann, H. (2000): Die Krise der „sozialen Stadt“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 10-11. S. 13

⁹ a.a.O., S. 15ff

¹⁰ Kapphan, A., Häußermann, H. (2004): Ausgrenzungsprozesse in einer europäischen Stadt. In: Häußermann, H., Kronauer, M., Siebel, V. (Hg.) (2004): An den Rändern der Städte. Frankfurt a.M.: edition Suhrkamp

in denen Menschen mit Integrationsproblemen die Mehrheit bilden und wo gesellschaftlich akzeptierte Rollen kaum noch präsent sind.¹¹ In solchen Milieus können deviante Subkulturen entstehen, die die Integration und Aufstiegschancen von Heranwachsenden behindern oder gar vereiteln.¹² Die im November 2005 ausgebrochenen Unruhen in den Banlieues französischer Städte lassen erahnen, welche Brisanz in dieser Entwicklung steckt.

Die Kommunale Gesundheitsberichterstattung der Stadt Bremen ist der Frage nachgegangen, ob die hier nur skizzenhaft dargestellte Verstärkung gesellschaftlicher Ungleichheit einhergeht mit wachsenden Unterschieden in der Lebenserwartung und Sterblichkeit.¹³ Zwar bedeutet Einkommensarmut hierzulande nicht, wie etwa in den USA, fehlenden Versicherungsschutz und damit den weitgehenden Ausschluss von der medizinischen Versorgung. Dauerhafte Armut und lange Arbeitslosigkeit haben aber massive psycho-soziale, mithin gesundheitliche Konsequenzen. Arbeitslosigkeit begünstigt die Entwicklung schwerwiegender, insbesondere psychischer Erkrankungen,¹⁴ zudem gibt es einen deutlichen Zusammenhang zwischen Langzeitarbeitslosigkeit und erhöhter Sterblichkeit.¹⁵ Insofern ist die Vermutung wachsender sozialer Ungleichheit auch vor Krankheit und Tod durchaus plausibel.

Daten und Methode

Die Auswertungen basieren auf kleinräumig aufbereiteten Daten des Statistischen Landesamtes Bremen für die Stadt Bremen. Diese Daten enthielten ortsteilbezogene Informationen zur sozio-demografischen und ökonomischen Entwicklung sowie zur Lebenserwartung und Sterblichkeit. Nachgezeichnet wurden Veränderungen im Beobachtungszeitraum 1970 bis 2003.

In Deutschland liefert die Todesursachenstatistik bzw. die Statistik der Sterbfälle keine unmittelbaren Informationen über den sozialen Status der Verstorbenen. Bedenkt man jedoch die soziale Segregation in den Städten, enthält die Angabe des letzten Hauptwohnsitzes immerhin einen indirekten Hinweis. Wohnte eine verstorbene Person in einer wohlhabenden Gegend, so hatte diese Person mit einiger Wahrscheinlichkeit zu Lebzeiten einen hohen sozialen Status (und umgekehrt).

Da auf den sozialen Status der Verstorbenen nur indirekt geschlossen werden kann, ist es sinnvoll, am Beispiel der am meisten segregierten Wohnquartiere den Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und Lebenserwartung bzw. Sterblichkeit herauszuarbeiten. Dazu wurden im vorliegenden Fall Quartierstypen gebildet, die sozial- und siedlungsstrukturell ähnliche Ortsteile der Stadt Bremen zusammenfassen. Diese Typisierung basiert auf einer frühen stadtsoziologischen Studie der Universität Bremen sowie auf inhaltlichen Überlegungen.

Klar voneinander unterscheidbar sind die traditionellen „Arbeiterviertel“ und die wohlhabenden „bürgerlichen Viertel“ Bremens. Diese beiden Bezeichnungen wurden ebenso wie die entsprechende Zuordnung der Ortsteile der oben genannten Studie übernommen.¹⁶ Als Arbeiterviertel gelten Ortsteile, in denen nach den Ergebnissen der Volkszählung

von 1970 ein relevanter Teil der Bremer Arbeiterschaft lebte und in denen mindestens 50% der Erwerbsbevölkerung aus Arbeitern bestand. Diese Wohnquartiere liegen in unmittelbarer Nähe alter Hafen- und Industrieviertel, dabei handelt es sich um die Ortsteile Hemelingen, Lindenhof, Gröpelingen, Ohlenhof, Oslebshausen, Aumund-Hammersbeck, Fahr-Lobbendorf, Blumenthal, Rönnebeck und Lüssum-Bockhorn.

Die bürgerlichen Viertel als sozialer Gegenpol zeichnen sich durch die höchsten Anteile an Hochschulabsolventen an der Wohnbevölkerung sowie durch die höchsten Anteile Selbstständiger an der Erwerbsbevölkerung bei gleichzeitig niedrigsten Arbeiteranteilen aus (gemäß Volkszählung 1970). Nach diesen Kriterien sind alle Ortsteile des Stadtteils Schwachhausen (Neu-Schwachhausen, Bürgerpark, Bürgerweide-Barkhof, Riensberg, Radio Bremen, Schwachhausen, Gete) sowie Oberneuland bürgerliche Viertel.

Eine dritte Kategorie bilden Ortsteile in städtischer Randlage, die durch Hochhausiedlungen des sozialen Wohnungsbaus geprägt werden. In diesen Ortsteilen entfällt über die Hälfte der Wohnfläche auf Wohnblöcke mit zumeist öffentlich gefördertem Wohnraum. Im Weiteren wird dieser Quartierstyp als „Großsiedlungen“ bezeichnet, er umfasst die Ortsteile Gartenstadt Süd, Sodenmatt, Gartenstadt Vahr, Neue Vahr Nord, Neue Vahr Südwest, Neue Vahr Südost sowie Tenever und Blockdiek. Die Großsiedlungen entstanden zwischen 1954 (Gartenstadt Vahr) und 1975 (Tenever). Sie waren errichtet worden, um breiten Bevölkerungsschichten großzügigen, modernen Wohnraum anzubieten, einige dieser Wohnsiedlungen bezeichnet die Studie der Universität Bremen als „Angestelltenmischgebiete“. Im Laufe der Zeit jedoch entwickelten sich viele Ortsteile dieses Quartierstyps zu Problemgebieten.

Die Beschreibung der sozio-demografischen und ökonomischen Entwicklung erfolgte anhand von Daten zur Bevölkerungsentwicklung, zur Arbeitsmarktintegration der Bevölkerung, zu Armut und zur Bildungsbeteiligung sowie zur politischen Teilhabe.

Kasten 1: Sozio-demografische Indikatoren

Bevölkerungsentwicklung

- Einwohnerzahl nach deutscher/ausländischer Wohnbevölkerung (ab 1970 jährlich)

Arbeitsmarktintegration der Bevölkerung

- Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Volkszählungen 1970 und 1987, ab 1998 jährlich)

Armut

- Zahl der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU, ab 1999 jährlich)

Bildungsbeteiligung / soziale Aufstiegschancen

- Schüler und Schülerinnen am Wohnort nach Schulart (1985, 1990, 1995, ab 1999 jährlich)

Politische Teilhabe

- Wahlbeteiligung bei Bürgerschaftswahlen (ab 1971)

Zur Darstellung epidemiologisch relevanter Veränderungen standen Daten zur mittleren Lebenserwartung, zur Gesamtmortalität, zur vorzeitigen Sterblichkeit und zur vermeidbaren Sterblichkeit zur Verfügung.

¹¹ Häußermann, H. (2000): Die Krise der „sozialen Stadt“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 10-11. S.13

¹² Dangschat, JS. (2000): Armut und eingeschränkte Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in ihrem Stadtteilbezug. In: Altgeld, T., Hofrichter, P. (Hg.): Reiches Land – kranke Kinder? Frankfurt a.M.: Mabuse-Verlag. S. 164ff

¹³ Tempel, G. (2006): Die Auswirkungen sozialer Polarisierung. Zur Entwicklung der Lebenserwartung und Sterblichkeit in ausgewählten Bremer Wohngebieten. Kommunale Gesundheitsberichterstattung, hg. vom Gesundheitsamt Bremen. Bremen

¹⁴ Robert Koch-Institut (Hg.) (2003): Arbeitslosigkeit und Gesundheit. Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Heft 13. Berlin

¹⁵ a.a.O., S. 16

¹⁶ Fassbinder, H., Häußermann, H., Petrowsky, W. (1975): Die Lebenssituation von lohnabhängig Beschäftigten in Bremen – untersucht anhand ausgewählter Infrastruktureinrichtungen. Forschungsbericht, hg. von der Kommission zur Durchführung des Kooperationsvertrages zwischen der Universität Bremen und der Arbeiterkammer (Band 4). Bremen

Die Berechnung der mittleren Lebenserwartung und der Sterbeziffern erlaubt eine Beurteilung der gesundheitlichen Lage der Bevölkerung und gibt Hinweise auf die Qualität der medizinischen Versorgung. Dabei indizieren hohe Raten vorzeitiger bzw. vermeidbarer Sterblichkeit besondere Gesundheitsrisiken und liefern somit Anhaltspunkte für Präventionspotenziale. In Anlehnung an die Gesundheitsberichterstattung der Länder gelten hier Sterbefälle bis zu einem Alter von 64 Jahren als vorzeitig. Auch die Definition vermeidbarer Todesfälle orientierte sich an dem Indikatorensetz für die Gesundheitsberichterstattung der Länder. In den hier präsentierten Ergebnissen ist die perinatale Sterblichkeit allerdings nicht enthalten.

Kasten 2: Vermeidbare Todesursachen

1.	Bösartige Neubildung der Zervix uteri (15 – 64 Jahre)	ICD-9 180 ICD-10 C53
2.	Perinatale Sterbefälle (Totgeborene und bis zum 7. Lebensstag gestorbene Kinder)	ICD-9 001-999 ICD-10 A00-T98
3.	Bösartige Neubildungen der weiblichen Brustdrüse (25 – 64 Jahre)	ICD-9 175 ICD-10 C50
4.	Ischämische Herzkrankheiten (35 – 64 Jahre)	ICD-9 410-414, 429.2 ICD-10 I20-I25
5.	Hypertonie/Hochdruckkrankheiten, Krankheiten des zerebrovaskulären Systems (35 – 64 Jahre)	ICD-9 401-405, 430-438 ICD-10 I10-I15, I60-I69
6.	Bösartige Neubildung der Luftröhre, Bronchien und Lunge (15 – 64 Jahre)	ICD-9 162 ICD-10 C33-C34
7.	Chronische Leberkrankheit und Zirrhose (15- 74 Jahre)	ICD-9 571 ICD-10 K70-K77
8.	Kfz-Unfälle im Verkehr und außerhalb des Verkehrs (alle Altersgruppen)	ICD-9 E810-E825 ICD-10 V01-V99

Quelle: Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden (2003): Indikatorensetz für die Gesundheitsberichterstattung der Länder, Band 1+2. Dritte, neu bearbeitete Fassung, hg. vom Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen. Bielefeld: Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (lögD)

Berechnet wurden direkt altersstandardisierte, nach Geschlecht getrennte Mortalitätsraten. Standardpopulation ist die nach Geschlecht differenzierte mittlere Bevölkerung der Stadt Bremen 2003. Dieser Standard bildet den demografischen Aufbau der Bremer Bevölkerung wesentlich besser ab als die alte bzw. die neue Europäische Standardbevölkerung, die bei der Berechnung von standardisierten Mortalitätsraten üblicherweise verwendet werden. Dadurch ist eine Vergleichbarkeit mit anderen Studien zwar nur noch bedingt möglich, auf der anderen Seite entfallen verzerrende Effekte, die sich bei einer Zugrundelegung allzu fiktiver Standardpopulationen ergeben können.

Sozialräumliche Polarisierungstendenzen in der Stadt Bremen

In den zurückliegenden drei Jahrzehnten entwickelten sich die drei Quartierstypen diametral. Während die bürgerlichen Viertel der Stadt Bremen auf der Basis einer ohnehin schon guten Ausgangsposition prosperierten, zeigen die Arbeiterviertel und die Großsiedlungen beunruhigende Tendenzen.

In den bürgerlichen Vierteln nahm, entgegen dem städtischen Trend, zwischen 1970 und 2002 die Einwohnerzahl um 4,7% zu. Die Zahl der deutschen Staatsbürger blieb, auch hier wieder entgegen

dem städtischen Trend, konstant. Der Anteil ausländischer Staatsbürger stieg von 1,8% (1970) auf 6,1% (2002). Im Beobachtungszeitraum wuchs die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten um 9,4%. Die Sozialhilfequote, das ist der Anteil Sozialhilfeempfänger an der Wohnbevölkerung, lag 2002 bei marginalen 2,3%. Zwei Drittel (67,2%) der Schüler der 7.-10. Klassenstufe besuchten ein Gymnasium (2002). Die Beteiligung an den Bremer Bürgerschaftswahlen hat seit 1971 etwas zugenommen, an der letzten Bürgerschaftswahl beteiligten sich etwa drei Viertel (74%) der Wahlberechtigten.

Vollkommen entgegengesetzt verlief die Entwicklung in den Arbeitervierteln. Dort sank zwischen 1970 und 2002 die Einwohnerzahl um 14,5%. Die deutsche Bevölkerung nahm um 26,2% ab, der Anteil ausländischer Staatsbürger stieg von 4% (1970) auf 17,2% (2002). Die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter schrumpfte um 33,7% (1970-2002), der Anteil Sozialhilfeempfänger an der Wohnbevölkerung betrug 11,1% (2002). Auffällig ist der überdurchschnittliche Anteil an Hauptschülern, jeder vierte Schüler (24%) der 7.-10. Klassenstufe besuchte 2002 eine Hauptschule. Des Weiteren zeigt sich ein deutlicher Rückgang der Wahlbeteiligung ab der Bürgerschaftswahl 1987. Bei der Bürgerschaftswahl 2003 nahm nur noch gut die Hälfte (55,2%) der Wahlberechtigten das Stimmrecht wahr.

Auch in den Großsiedlungen reduzierte sich die Einwohnerzahl deutlich, und zwar um 9,5% (1970-2002). Die deutsche Bevölkerung nahm um 25,6% ab, der Anteil ausländischer Staatsbürger stieg von 0,9% (1970) auf 18,4% (2002). Zwischen 1970 und 2002 fiel die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter um 31,3%, der Sozialhilfeempfängeranteil lag 2002 bei 14,5%. Jeder fünfte Schüler (20,4%) der 7.-10. Klassenstufe besuchte eine Hauptschule (2002). Wie in den Arbeitervierteln verringerte sich in den Großsiedlungen die Wahlbeteiligung ab der Bürgerschaftswahl 1987 deutlich, zuletzt (2003) beteiligten sich nur noch 54,3% der Wahlberechtigten an der Bremer Bürgerschaftswahl.

Aus den in Tabelle 1 aufgeführten Indikatoren lässt sich ablesen, dass sich die sozialen Gegensätze zwischen den Bremer Stadtteilen während der letzten drei Jahrzehnte erheblich ausgeweitet haben. Mit dieser Polarisierung einher gehen ungleich verteilte Aufstiegschancen. Kinder und Jugendliche aus den Arbeitervierteln und Großsiedlungen besuchen weiterführende Schulen vergleichsweise selten. Nun sind Schulabschlüsse und darauf aufbauende Qualifikationen wirksame Filter, die den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen oder blockieren. Geringe formale Qualifikationen bedeuten schlechte Aussichten auf dem Arbeitsmarkt, insofern verfestigen ungleiche Bildungschancen soziale Benachteiligung.

Eine niedrige Wahlbeteiligung kann ebenfalls ein Hinweis darauf sein, dass in bestimmten Stadt-

Indikatoren zur sozialräumlichen Entwicklung in %

Art der Angabe	Bürgerliche Viertel	Arbeiter-viertel	Groß-siedlungen	Stadt Bremen insgesamt
Entwicklung der Wohnbevölkerung 1970-2002	4,7	-14,5	-9,5	-6,8
Entwicklung der deutschen Wohnbevölkerung 1970-2002	0,2	-26,2	-25,6	-16,9
Ausländeranteile 1970 / 2002	1,8 / 6,1	4,0 / 17,2	0,9 / 18,4	2,2 / 12,9
Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter 1970-2002	9,4	-33,7	-31,2	-18,4
Sozialhilfequote 2002	2,3	11,1	14,5	8,7
Besuch eines Gymnasiums (7.-10. Klasse, 2002)	67,2	30,9	20,4	32,8
Besuch einer Hauptschule (7.-10. Klasse, 2002)	6,4	24	20,4	19,3
Beteiligung an der Bremer Bürgerschaftswahl 2003	74,4	55,2	54,3	62,9

gebieten Ausgrenzungsprozesse bereits weit fortgeschritten sind.¹⁷ Hinter der fehlenden Bereitschaft wählen zu gehen stehen oftmals Enttäuschungen, aber auch das Gefühl von Machtlosigkeit und fehlender Anerkennung. Wahlenthaltung lässt sich interpretieren als Abstand, wenn nicht als „innere Kündigung“ gegenüber dem Staat und der Gesellschaft, von denen man nichts mehr erwartet.

Entwicklung der Lebenserwartung

Mit dem Auseinanderdriften der wohlhabenden und benachteiligten Wohnviertel Bremens weiteten sich die sozialräumlichen Unterschiede in der mittleren Lebenserwartung deutlich aus. Zwar nahm die Lebenserwartung in allen drei Quartierstypen zu, allerdings im ungleichen Maße (Abb. 1). Um den Einfluss von Zufallsschwankungen zu minimieren wurden bei der Berechnung der mittleren Lebenserwartung die vorangegangenen zehn Jahre zusammengefasst. Die Zeitreihe beginnt daher erst mit dem Jahr 1979.

In den bürgerlichen Viertel stieg die mittlere Lebenserwartung eines neugeborenen Jungen um 6,9 Jahre von 71 (1979) auf 77,9 Jahre (2003), die eines Mädchen um 6 Jahre von 77,5 auf 83,5 Jahre. In den Arbeitervierteln und in den Großsiedlungen fiel die Zunahme niedriger aus. Die Lebenserwartung der Neugeborenen aus den Arbeitervierteln erhöhte sich um 5,4 Jahre, sie stieg von 67,1 auf 72,5 Jahre (Jungen) bzw. von 74,2 Jahre auf 79,6 Jahre (Mädchen). In den Großsiedlungen war der Zugewinn an Lebenserwartung am geringsten. Bei den neugeborenen Jungen nahm die mittlere Lebenserwartung um vier Jahre von 69,1 auf 73,1 Jahre zu, bei den Mädchen um 4,9 Jahre von 76 auf 80,9 Jahre.

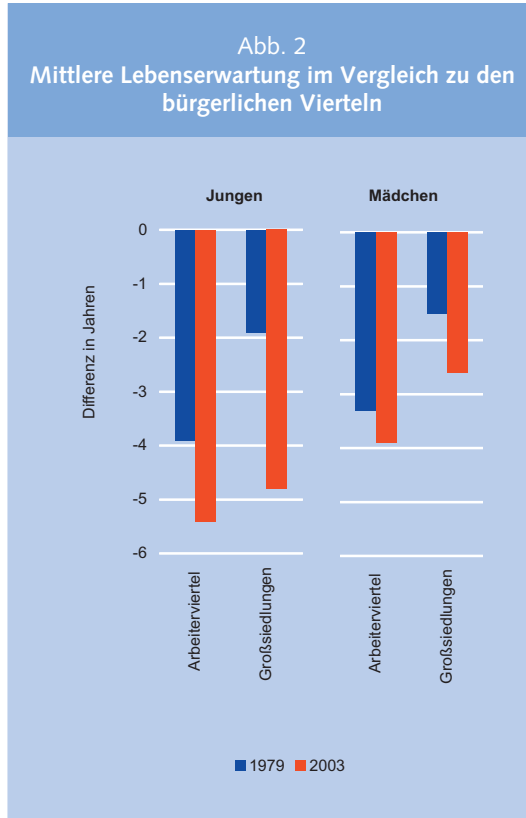
Die Ausweitung der sozialen Unterschiede in der Lebenserwartung zeigt sich insbesondere bei den Jungen (Abb. 2). 1979 lag die mittlere Lebenserwartung neugeborener Jungen aus den Arbeitervierteln um 3,9 Jahre unter der der Jungen aus den bürgerlichen Vierteln, bei den Jungen aus den Großsiedlungen betrug der Abstand zu den bürgerlichen Vierteln 1,9 Jahre. Bis 2003 hatte sich diese

¹⁷ Häußermann, H. (2000): Die Krise der „sozialen Stadt“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 10-11. S. 20f
¹⁸ Häußermann, H., Siebel, W. (2000): Wohnverhältnisse und Ungleichheit. In: Harth, A., Scheller, G., Tessin, W. (Hg): Stadt und soziale Ungleichheit. Opladen: Leske+Budrich. S. 131
¹⁹ Häußermann, H., Siebel, W. (2001): Soziale Integration und ethnische Schichtung. Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“. Berlin/Oldenburg.

Abb. 1
Entwicklung der mittleren Lebenserwartung (Median) nach Quartierstyp im Lande Bremen



Differenz weiter vergrößert: Verglichen mit den bürgerlichen Vierteln war die mittlere Lebenserwartung in den Arbeitervierteln jetzt um 5,4 Jahre niedriger, in den Großsiedlungen um 4,8 Jahre. Bei den Mädchen verlief die Entwicklung etwas gedämpfter. In den Arbeitervierteln wuchs der Abstand zu den bürgerlichen Vierteln von 3,3 (1979) auf 3,9 Jahre (2003) und in den Großsiedlungen von 1,5 auf 2,6 Jahre.



Entwicklung der Gesamtmortalität

Die Gesamtmortalität entwickelte sich analog zum Trend bei der mittleren Lebenserwartung; d.h.,

die Sterblichkeit ging überall deutlich zurück, allerdings in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Die ohnehin schon relativ niedrigen Mortalitätsraten in den bürgerlichen Vierteln verringerten sich am stärksten, in der Folge nahm der Abstand zu den übrigen Gebietstypen weiter zu (Abb. 3 und Abb. 4).

Zwischen 1970 und 2003 sank die Gesamtmortalität bei den Männern

- in den bürgerlichen Vierteln um 48% von 1 567,3 auf 814,6 pro 100.000 Einwohner,
- in den Arbeitervierteln um 36,2% von 1 968,9 auf 1 255,3 pro 100.000 Einwohner,
- in den Großsiedlungen um 27,5% von 1 711 auf 1 239,9 pro 100.000 Einwohner.

Im selben Zeitraum verringerte sich die Gesamtmortalität bei den Frauen

- in den bürgerlichen Vierteln um 43,3% von 1 649,1 auf 935,4 pro 100.000 Einwohner,
- in den Arbeitervierteln um 39,2% von 2 037,6 auf 1 238 pro 100.000 Einwohner,
- in den Großsiedlungen um 28,2% von 1 716,2 auf 1 232,8 pro 100.000 Einwohner.

Vor allem unter den Männern nahmen die sozialräumlichen Unterschiede in der Sterblichkeit deutlich zu (Abb. 4). Zu Beginn des Beobachtungszeitraums lag die Mortalitätsrate in den Arbeitervierteln im Vergleich zu den bürgerlichen Vierteln um 25,6% (Männer) bzw. um 23,6% (Frauen) höher. Zwischen den bürgerlichen Vierteln und den Hochhaussiedlungen waren die Unterschiede anfänglich vergleichsweise gering, in den Hochhaussiedlungen war die Mortalitätsrate bei den Männern um 9,2%, und bei den Frauen um 4,1% größer.

Bis zum Ende der Beobachtungsperiode weiteten sich diese Abstände erheblich. Zum Schluss hatte sich bei den Männern in den Arbeitervierteln der Unterschied verdoppelt, im Vergleich zu den Männern in den bürgerlichen Vierteln lag die Mortalitätsrate nun mit 54,1% um mehr als die Hälfte höher. Bei den Frauen vergrößerte sich der Abstand

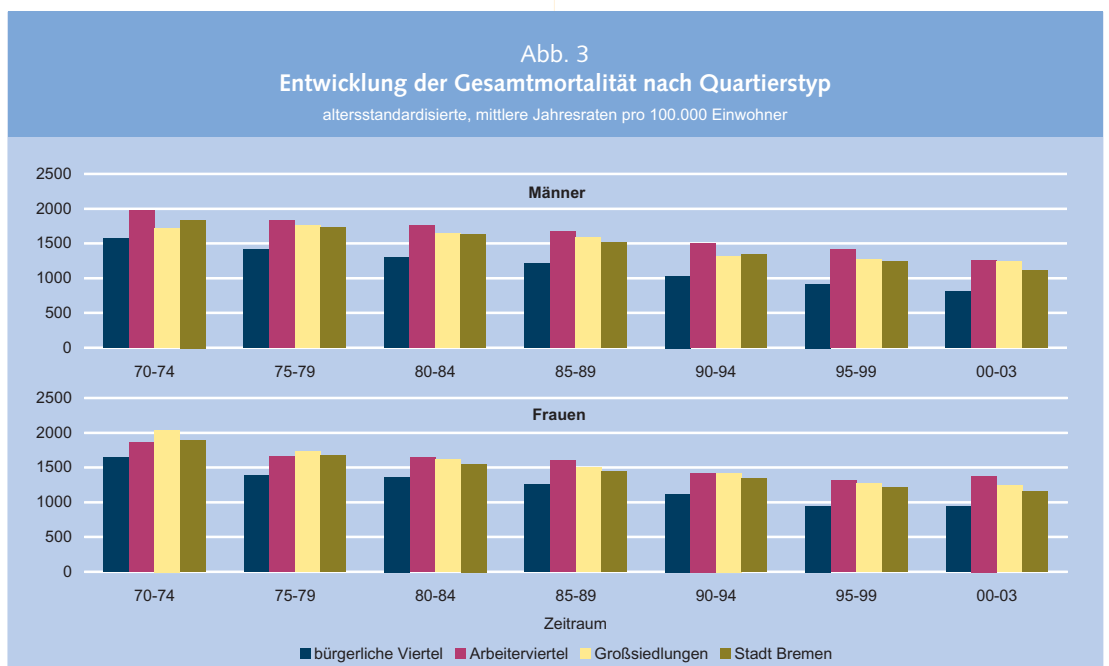
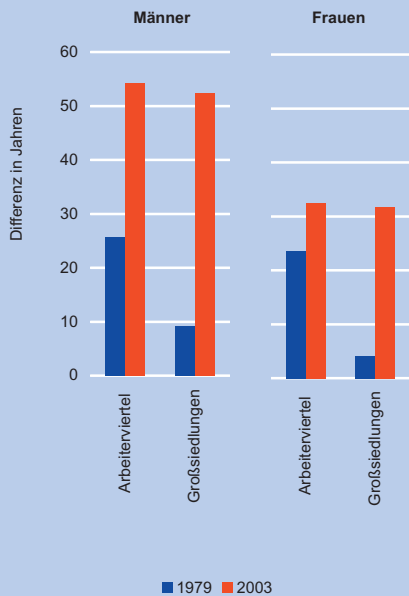


Abb. 4
Gesamt mortalität im Vergleich zu den bürgerlichen Vierteln in %



auf +32,4%. In den Hochhaussiedlungen wuchs bei den Männern der Abstand zu den bürgerlichen Vierteln auf +52,2%, bei den Frauen auf +31,8%.

Vorzeitige Sterblichkeit

Die Entwicklung der vorzeitigen Sterblichkeit (Sterbefälle unter 65 Jahre) entspricht dem oben beschriebenen Muster: Auf der einen Seite relativ niedrige und zugleich überdurchschnittlich sinkende Raten in den bürgerlichen Vierteln, auf der anderen Seite hohe und dabei vergleichsweise schwach abnehmende Raten in den Arbeitervierteln und in den Großsiedlungen (Abb. 5). Im Ergebnis führten

diese zwar gleich gerichteten, aber unterschiedlich ausgeprägten Entwicklungen dazu, dass sich die soziale Kluft bei der vorzeitigen Sterblichkeit weitete (Abb. 6).

- Die vorzeitige Sterblichkeit sank bei den Männern
- in den bürgerlichen Vierteln um 50,8% von 495,2 auf 243,6 pro 100.000 Einwohner,
 - in den Arbeitervierteln um 29,4% von 680,2 auf 480 pro 100.000 Einwohner,
 - in den Großsiedlungen um 15,2% von 560,4 auf 475,4 pro 100.000 Einwohner.

- Bei den Frauen reduzierten sich die Raten
- in den bürgerlichen Vierteln um 50,5 % von 279,9 auf 138,6 pro 100.000 Einwohner,
 - in den Arbeitervierteln um 37,5% von 379,4 auf 237 pro 100.000 Einwohner,
 - in den Großsiedlungen um 14,4% von 285,3 auf 244,3 pro 100.000 Einwohner.

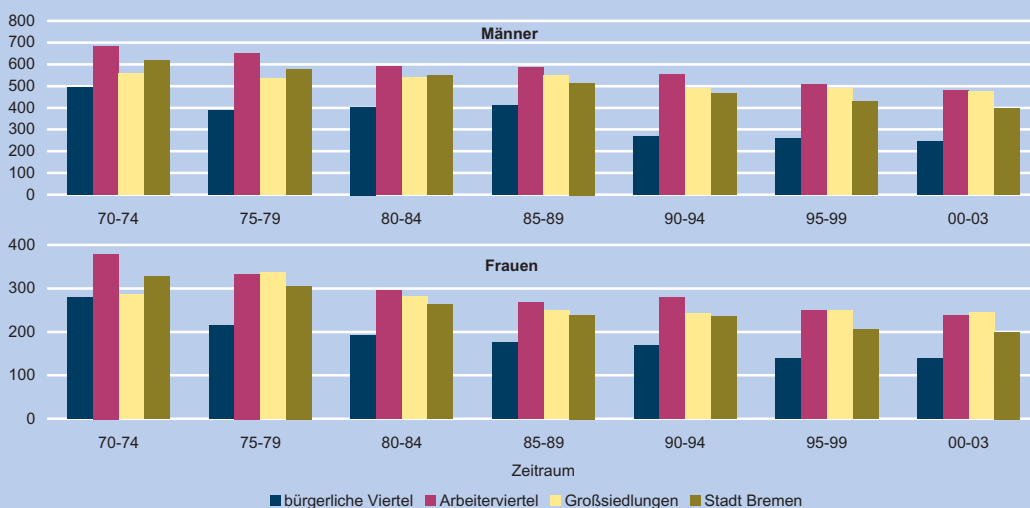
Der Trend in Richtung Ausweitung sozialer Unterschiede war bei der vorzeitigen Sterblichkeit besonders stark ausgeprägt, der Abstand der Arbeiterviertel bzw. der Großsiedlungen zum bürgerlichen Quartierstyp vergrößerte sich erheblich.

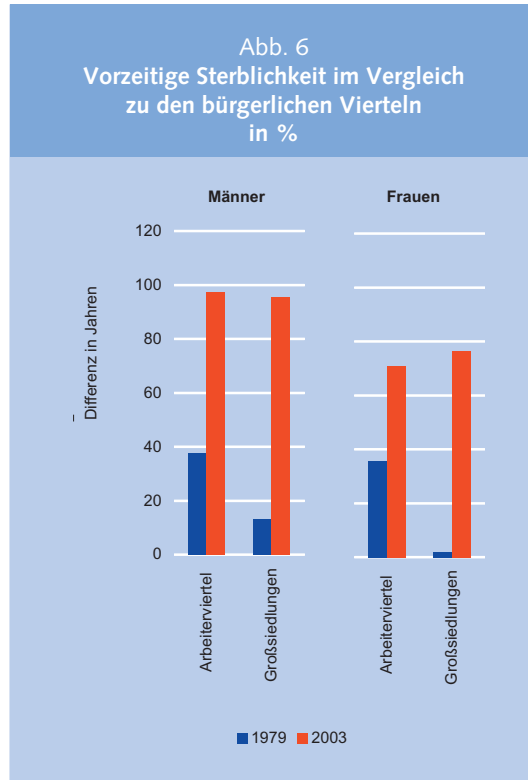
Bei den Männern stieg die Differenz in den Arbeitervierteln von +37,4% auf +97%, und in den Großsiedlungen von vergleichsweise niedrigen +13,2% auf +95,2%. Damit lag zum Ende des Beobachtungszeitraumes die vorzeitige Sterblichkeit der Männer in den Arbeitervierteln bzw. in den Großsiedlungen fast doppelt so hoch wie in den bürgerlichen Quartieren. Bei den Frauen verlief der Trend analog. In den Arbeitervierteln verdoppelte sich der Abstand von +35,6% auf +71%, und in den Großsiedlungen weitete sich die anfänglich unbedeutende Differenz von +1,9% auf +76,3%.

Vermeidbare Sterblichkeit

Auch bei der vermeidbaren Sterblichkeit zeigt sich, ausgehend von einem niedrigen Niveau, in

Abb. 5
Entwicklung der vorzeitigen Sterblichkeit (Todesfälle unter 65 Jahren) nach Quartierstyp
altersstandardisierte, mittlere Jahresraten pro 100.000 Einwohner





den bürgerlichen Vierteln ein überproportionaler Rückgang der Raten. Dem steht eine vergleichsweise schwache Verringerung der Sterblichkeit in den Arbeitervierteln und in den Großsiedlungen gegenüber (Abb. 7). In der Folge vergrößerte sich der Abstand zwischen den bürgerlichen Vierteln und den weniger privilegierten Stadtgebieten enorm (Abb. 8).

Bei den Männern sank die vermeidbare Sterblichkeit

- in den bürgerlichen Vierteln um 56,5% von 164,1 auf 71,4 pro 100.000 Einwohner,
- in den Arbeitervierteln um 31,8% von 225,2 auf 153,6 pro 100.000 Einwohner,

- in den Großsiedlungen um 20,5% von 167,6 auf 133,3 pro 100.000 Einwohner.
- Bei den Frauen verringerten sich die Raten
- in den bürgerlichen Vierteln um 26,2% von 65,3 auf 48,2 pro 100.000 Einwohner,
 - in den Arbeitervierteln um 22,9% von 106,6 auf 82,2 pro 100.000 Einwohner,
 - in den Großsiedlungen um 5,4% von 77,6 auf 73,4 pro 100.000 Einwohner.
- Abb. 7

Vor allem bei den Männern aus den Arbeitervierteln nahm der Abstand zu den bürgerlichen Vierteln erheblich zu. Am Ende des Beobachtungszeitraums lag die vermeidbare Sterblichkeit in den Arbeitervierteln mehr als doppelt so hoch wie in den bürgerlichen Vierteln (+115,1%), zu Beginn betrug der Abstand „nur“ +37,2%. Den schärfsten Anstieg verzeichnen jedoch die Großsiedlungen: Während anfänglich die Mortalitätsrate nur unwesentlich über der in den bürgerlichen Viertel lag (+2,1%), hatte sich zum Ende der Abstand auf +86,7% vergrößert. Bei den Frauen vergrößerte sich der Mortalitätsunterschied in den Arbeitervierteln von +63,2% auf +70,5%. Auch bei den Frauen ergibt sich für die Großsiedlungen eine besonders deutliche Steigerung, hier verdreifachte sich der Unterschied zu den bürgerlichen Vierteln beinahe und erhöhte sich von +18,8% auf +52,3%.

Resümee

In den letzten drei Jahrzehnten verstärkten sich in der Stadt Bremen die sozialräumlichen Gegensätze. Während die traditionellen Wohngebiete des gehobenen Bürgertums ihre privilegierte Position ausbauen konnten, haben sich die Verhältnisse in den Arbeiterstadtteilen eindeutig verschlechtert. Vor allem aber die Großsiedlungen zeigen Symptome des Niedergangs. Einstmals als städtebaulicher Fortschritt gefeiert, gelten Hoch-

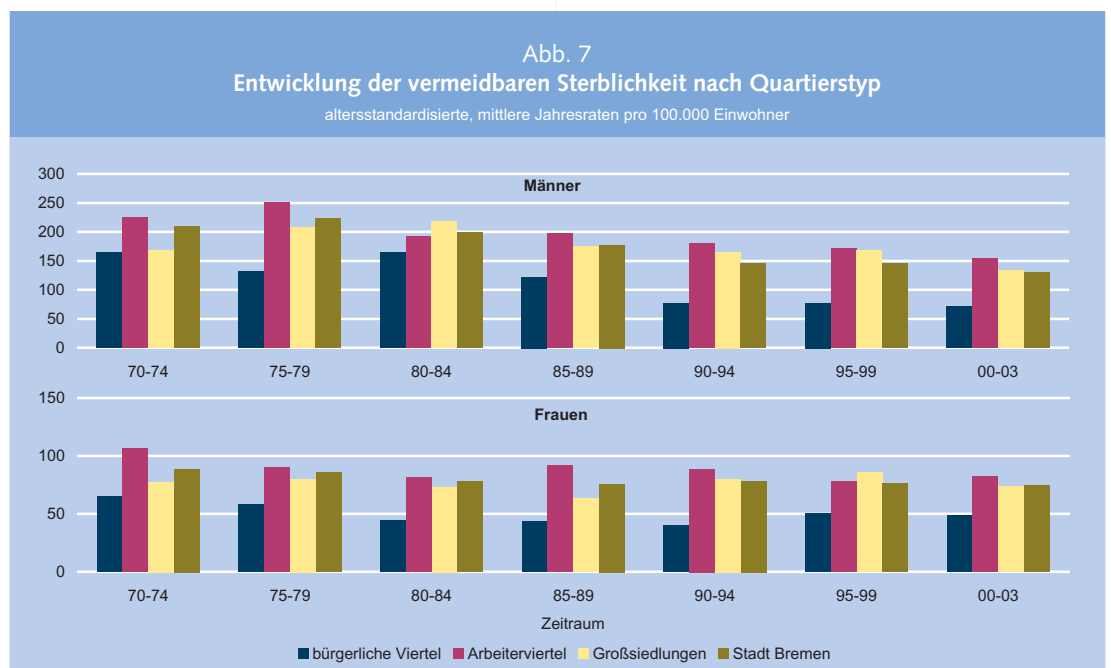
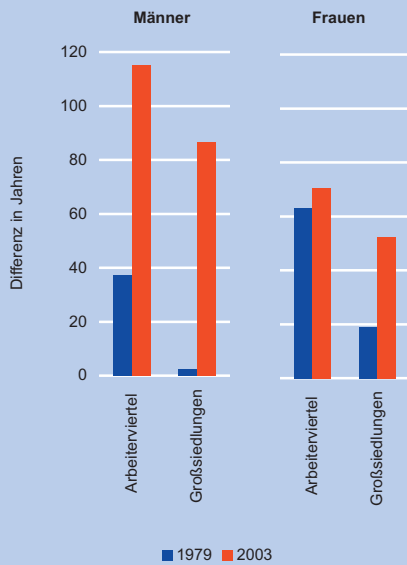


Abb. 8
Vermeidbare Sterblichkeit im Vergleich zu den bürgerlichen Vierteln in %



hausssiedlungen am Stadtrand mittlerweile als der wahrscheinlich problematischste Quartierstyp.¹⁸

Soziale Segregation geht zurück auf die eingeschränkten Chancen armer und diskriminierter Bevölkerungsgruppen auf dem städtischen Wohnungsmarkt sowie auf Wohnortpräferenzen einzelner Bevölkerungsgruppen. Kritisch wird Segregation, wenn sie desintegrierend wirkt und wenn durch die räumliche Ballung sozialer Probleme konfliktträchtige Lagen („soziale Brennpunkte“) entstehen. Das Zusammenfallen von ethnischer und sozialer Segregation in den Städten begünstigt derartige Konstellationen.¹⁹ Es bilden sich unfreiwillige Nachbarschaften, in denen unterschiedliche Mentalitäten und Lebenswelten aufeinander treffen und wo einheimische Unterschichtangehörige mit Zuwanderern aus dem Ausland, deren Lebenssituation oft ähnlich prekär ist, um Ressourcen konkurrieren.

Mit der sozialräumlichen Polarisierung vergrößerten sich die Unterschiede in der Lebenserwartung und in der Mortalität beträchtlich. In den Wohnvierteln der Wohlhabenden liegt die mittlere Lebenserwartung inzwischen deutlich höher und die Sterblichkeit deutlich niedriger als in den schlechter gestellten Gebieten. Für diese gewachsene Disparität bieten sich zwei Erklärungen an: Zum einen kommt die stärker gewordene Konzentration gesellschaftlicher Problemgruppen in bestimmten Stadtteilen als Ursache in Betracht, des Weiteren dürfte die Tatsache, dass sich die Lebenssituation der sozialen Unterschicht im Laufe der Zeit verschlechtert hat, eine wichtige Rolle spielen.

Ein Grund für die verschärfte Segregation ist - kulminierend in spektakulären Konkursen und Werksschließungen - das Schwinden von Fabrikarbeitsplätzen. Viele Bewohner traditio-

nerer Arbeiterviertel haben ihre Stelle verloren, und Arbeiterviertel verwandelten sich quasi in Arbeitslosenviertel.²⁰ In den alten Industrievierteln finden sich dafür reihenweise Beispiele, auch in Bremen stellten die Schließungen der Großwerften AG Weser und Vulkan die angrenzenden Stadtteile vor erhebliche, noch lange nicht ausgestandene Probleme. Die Privatisierungspolitik der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften spielt ebenfalls eine wichtige Rolle. Wohnraum für sozial bedürftige Haushalte gibt es oft nur noch in den wenig attraktiven Großwohnanlagen am Stadtrand. Dort beginnt sich eine „Sozialstaatsbevölkerung“ zu etablieren, die in Sozialwohnungen lebt, sozialstaatliche Transferleistungen bezieht und von Sozialarbeitern betreut wird.²¹ Zudem treiben selektive Wanderungen die sozialstrukturelle Entmischung der Wohnbevölkerung voran.²² Haushalte mit guten und gesicherten Einkommen wandern aus Stadtvierteln ab, in denen sich Konflikte und Probleme zu häufen beginnen. Unter den Fortziehenden befinden sich auch Migranten, die im Laufe ihrer sozialen und ökonomischen Integration die Segregationsgebiete verlassen.

In diesen Wohnquartieren konzentrieren sich zunehmend die Einwanderer, die den Anschluss an die Gesellschaft nicht gefunden haben.²³ Zusammen mit sozial abgestiegenen Einheimischen bilden sie in den „sozialen Brennpunkten“ eine wachsende, von Sozialleistungen abhängige Armutsbevölkerung. Zwischen Armut und sozialer Deklassierung einerseits und schlechtem Gesundheitszustand und erhöhter Sterblichkeit andererseits besteht ein enger Zusammenhang, insofern liegt hier eine wesentliche Erklärung für die sich ausweitenden Unterschiede in der Lebenserwartung und der Mortalität.

Hinzu kommt die Verschlechterung der Lebensbedingungen sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Der Unterschied im Lebensstandard zwischen Einkommensarmen und dem Bevölkerungsdurchschnitt, die so genannte Armutskluft, hat zugenommen,²⁴ und der massive Verlust an Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe betraf vor allem unqualifizierte Arbeitskräfte. Deren Aussichten, eine neue dauerhafte Stelle zu finden, sind gering.

Es fällt auf, dass sich die sozialräumlichen Unterschiede in der Lebenserwartung und der Mortalität insbesondere bei den Männern vergrößerten. Dass die Schichtzugehörigkeit das Mortalitätsrisiko bei Männern stärker beeinflusst als bei Frauen, ist in der Epidemiologie bekannt. Der wirtschaftliche Strukturwandel in Richtung Dienstleistungsökonomie, der einhergeht mit dem Schrumpfen des industriellen Sektors, dürfte diesen Zusammenhang noch verstärken. Drei Viertel der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe sind Männer, daher treffen die Arbeitsplatzverluste in diesem volkswirtschaftlichen Sektor Männer im besonderem Maße. Für die dort beschäftigten Männer steigt die Gefahr, in unsichere Arbeitsverhältnisse abgedrängt zu werden oder sogar

²⁰ a.a.O., S. 60f

²¹ a.a.O., S. 41

²² Häußermann, H. (2000): Die Krise der „sozialen Stadt“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 10-11, S. 15

²³ Häußermann, H., Siebel, W. (2001): Soziale Integration und ethnische Schichtung. Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“. Berlin/Oldenburg, S. 41

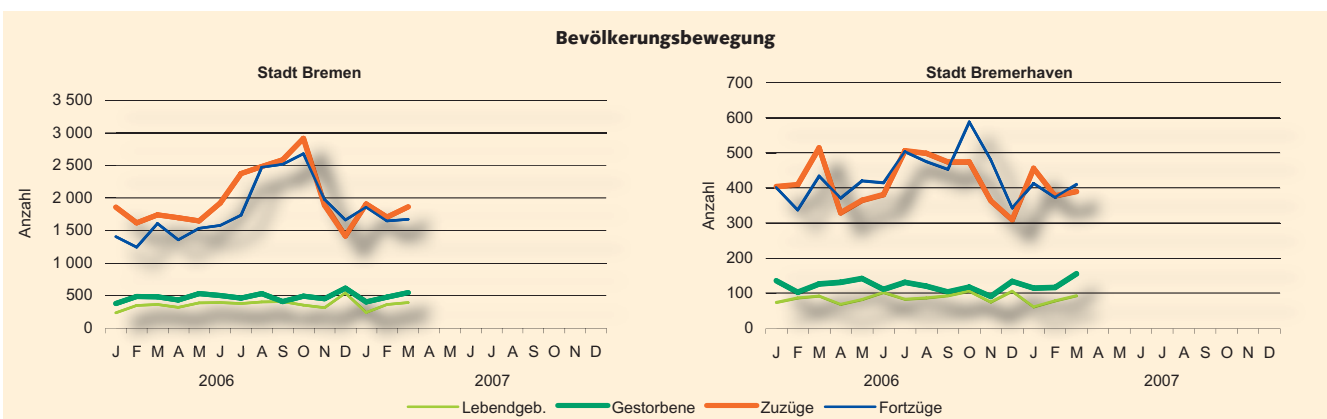
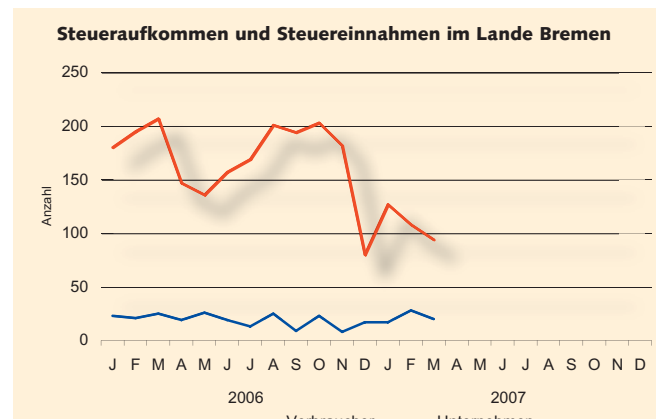
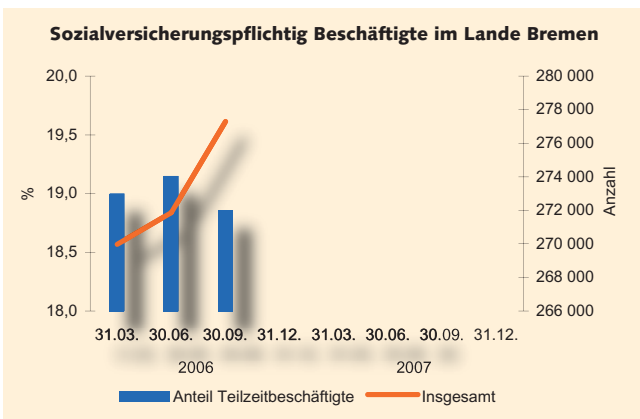
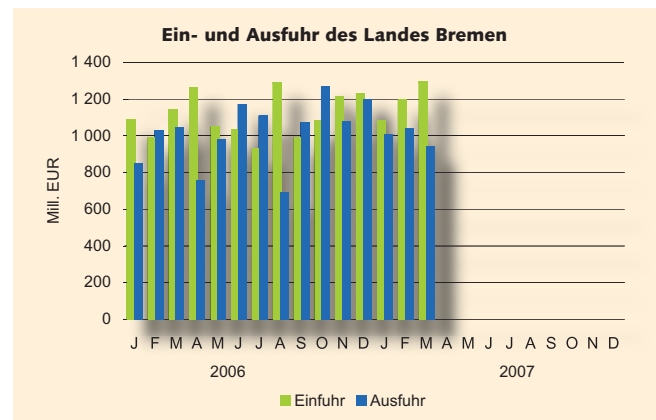
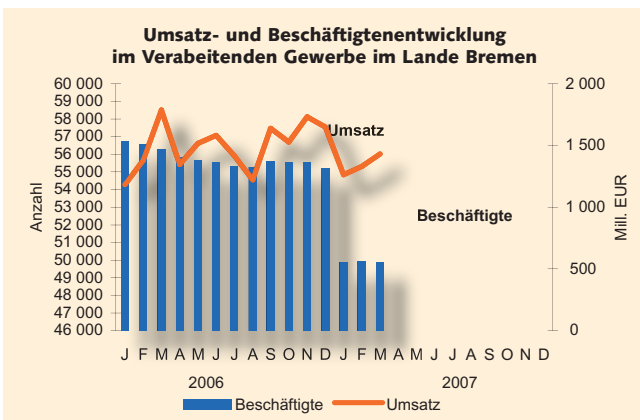
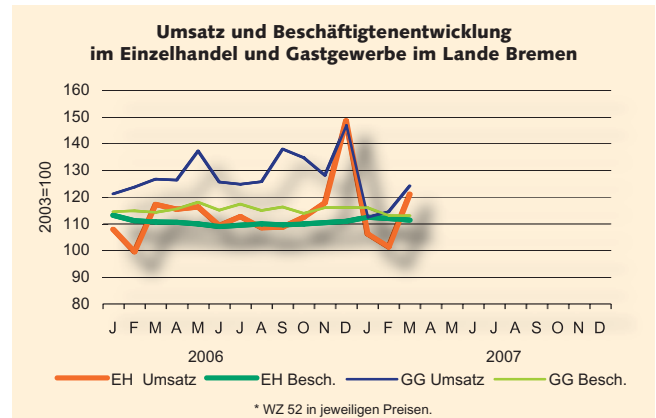
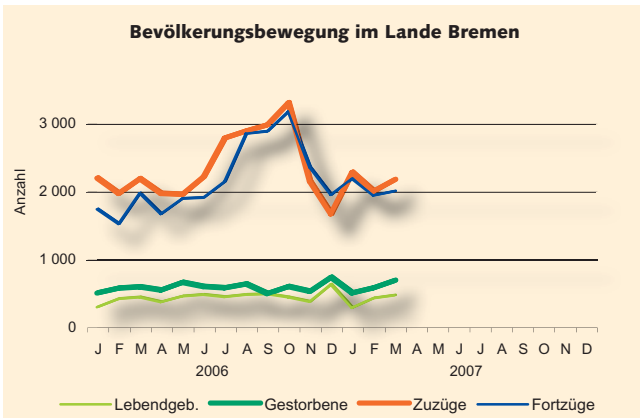
²⁴ Geißler, R. (2002): Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung. 3., grundlegend überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 254f

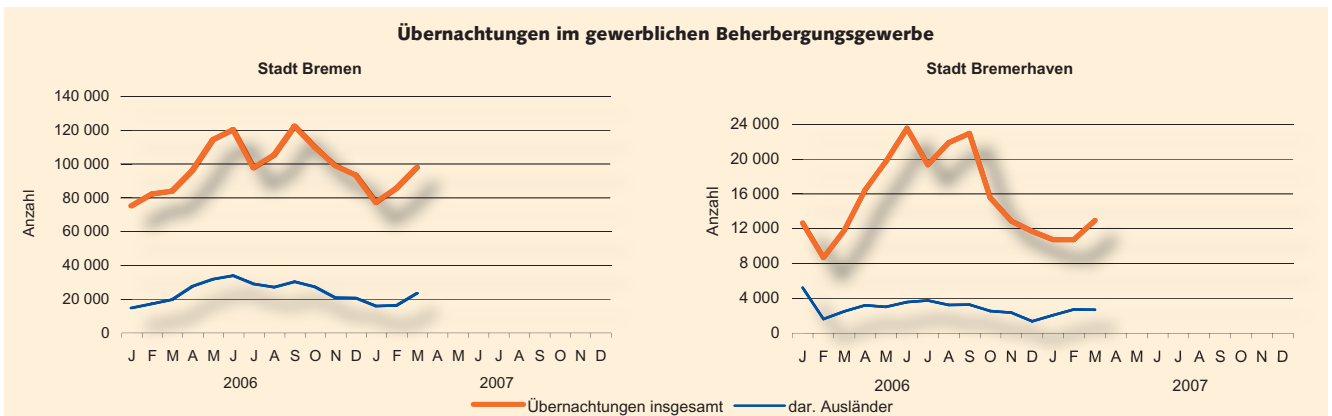
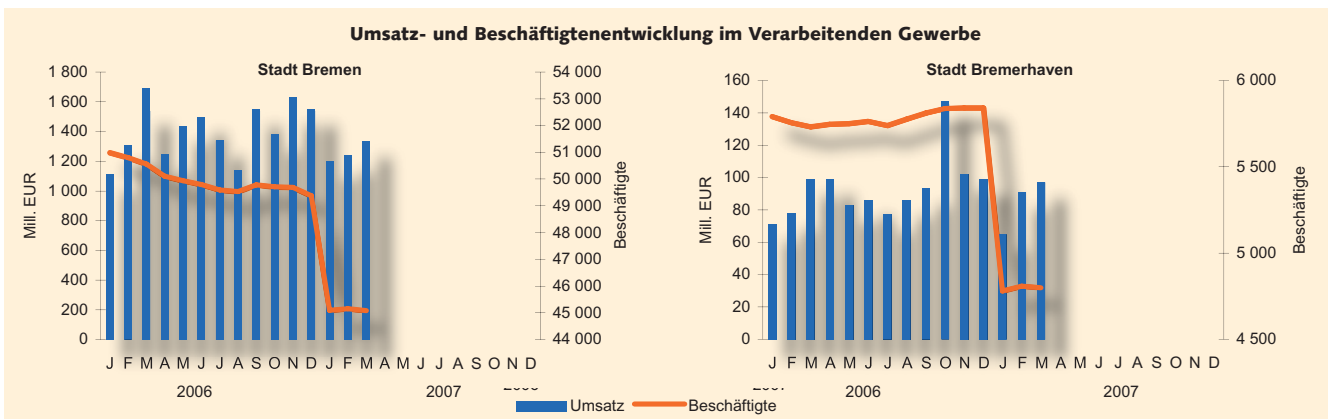
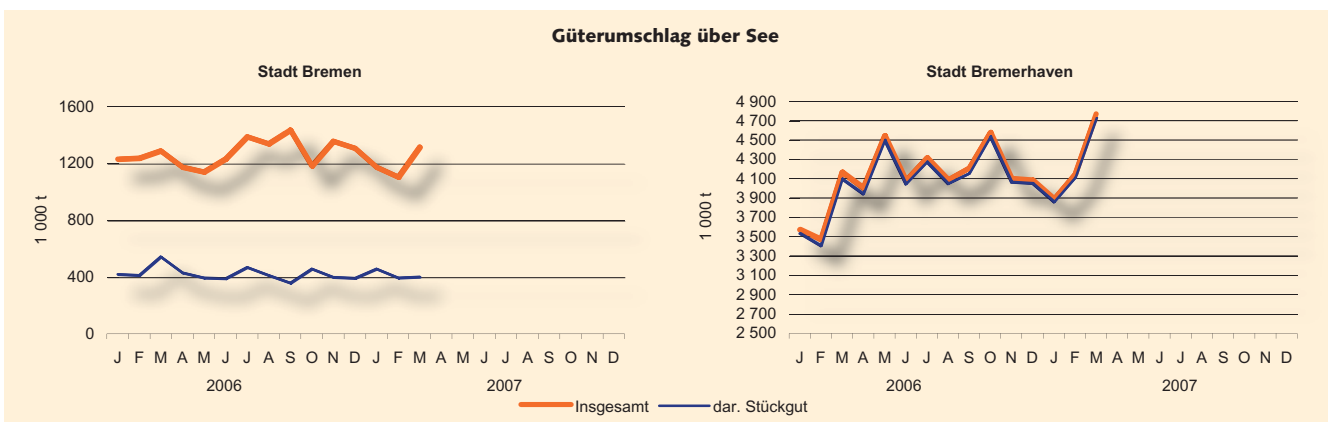
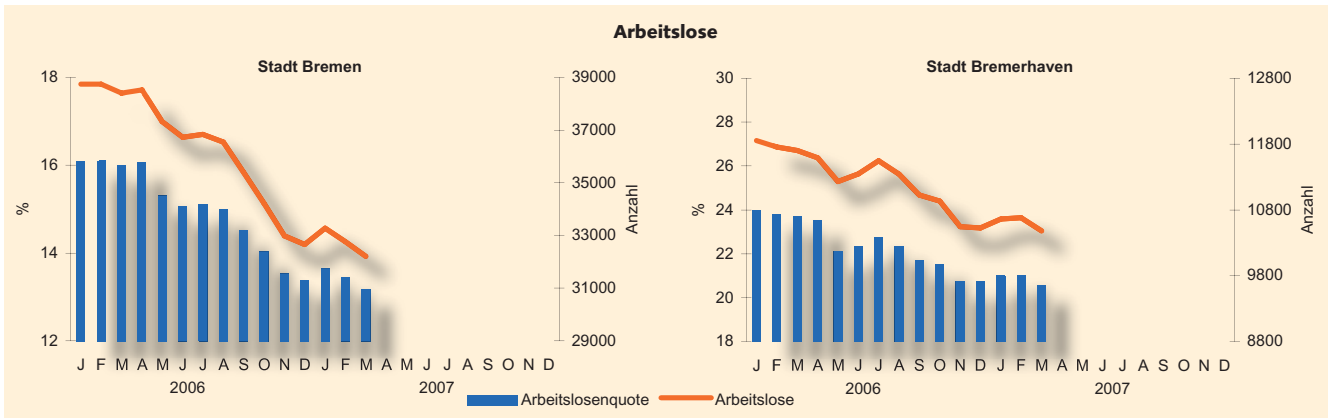
dauerhaft den Zugang zum Arbeitsmarkt zu verlieren. Ein Teil der Männer ist demnach einem wachsendem sozialen Abstiegsrisiko ausgesetzt, was sich in entsprechenden Morbiditäts- und Mortalitätsrisiken niederschlägt.

Die hier beschriebene Ausweitung sozialräumlicher Unterschiede ist keine bremische Besonderheit, vielmehr verstärken sich Segregationstendenzen auch in anderen deutschen Städten und Regionen. Um dieser zunehmenden Polarisierung und den damit hervorgerufenen Problemen entgegenzuwirken wurde 1999 das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ aufgelegt. Derzeit beteiligen sich 284

Städte und Gemeinden. Gefördert werden Projekte und Interventionen in insgesamt 430 Programmgebieten, davon 10 in Bremen.

In der Stadtstruktur und ihren Veränderungen spiegeln sich auch gesellschaftliche Verhältnisse und Entwicklungen wider, um eine stadtsoziologische Binsenweisheit zu zitieren. So gesehen ist die schärfer werdende Segregation ein Ausdruck wachsender sozialer Ungleichheit, die letztendlich zu einer Ausweitung der Mortalitätsunterschiede zwischen privilegierten und benachteiligten Bevölkerungsgruppen führt.







Bevölkerung	Einheit	2004	2005	2006			2007		
		Durchschnitt		Jan.	Feb.	März	Jan.	Feb.	März
Bevölkerungsstand									
Bevölkerung am Monatsende	1 000	662,8	663,2	663,7	664,0	664,1	663,9	663,8	663,7
* männlich	1 000	320,8	321,2	321,7	321,9	322,0	322,3	322,3	322,3
* weiblich	1 000	342,0	342,0	342,0	342,1	342,1	341,6	341,5	341,4
Natürliche Bevölkerungsbewegungen									
* Eheschließungen	Anzahl	246	247	89	94	178	74	119	143
* Lebendgeborene	Anzahl	454	457	312	435	456	301	444	487
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	615	618	516	590	609	520	594	701
* dar.: im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	2	2	2	1	1	3	3	4
* Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 161	- 161	- 204	- 155	- 153	- 219	- 150	- 214
Wanderungen									
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 431	2 341	2 207	1 981	2 198	2 290	2 015	2 185
* dar.: aus Niedersachsen	Anzahl	1 090	1 116	1 061	1 074	1 156	1 084	926	975
aus dem Ausland	Anzahl	600	542	536	431	472	526	530	571
* Fortzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 263	2 159	1 752	1 535	1 985	2 199	1 952	2 012
* dar.: nach Niedersachsen	Anzahl	1 111	1 053	928	798	1 064	1 068	854	900
* in das Ausland	Anzahl	493	428	239	229	255	430	474	485
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	+ 168	+ 182	+ 455	+ 446	+ 213	+ 91	+ 63	+ 173
* Umzüge zwischen Bremen und Bremerhaven	Anzahl	62	64	53	46	55	73	66	68
Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit									
	Einheit	2004	2005	2005		2006/2007			
		30.6.		30.9.	31.12.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.
Beschäftigte¹									
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	Anzahl	273 434	269 709	273 886	271 642	271 867	277 298
* Frauen	Anzahl	117 283	116 825	118 428	117 691	117 117	119 434
* Ausländer/-innen	Anzahl	16 606	16 127	16 526	16 123	16 820	17 224
* Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	50 785	50 810	51 005	51 267	52 064	52 297
* dar.: Frauen	Anzahl	41 585	41 529	41 520	41 583	41 929	42 103
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen:									
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Anzahl	842	847	868	777	846	860
* Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Anzahl	64 831	63 163	63 391	62 634	60 981	61 405
* Baugewerbe	Anzahl	12 801	12 322	12 479	12 224	12 332	12 570
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Anzahl	77 114	76 311	78 127	77 402	77 551	79 198
* Finanzierung, Vermietung und									
* Unternehmensdienstleistungen	Anzahl	46 299	46 198	47 299	46 875	48 790	50 993
* öffentliche und private Dienstleister	Anzahl	71 547	70 847	71 702	71 708	71 349	72 254
Arbeitsmarkt									
* Arbeitslose	Anzahl	42 347	53 223	50 596	50 502	50 110	43 934	43 454	42 569
* dar.: Frauen	Anzahl	15 876	23 180	21 690	21 606	21 463	19 882	19 586	19 189
* Arbeitslosenquote ²									
* insgesamt	%	14,4	18,3	17,5	17,5	17,3	14,9	14,7	14,4
* Frauen	%	11,5	16,9	15,9	15,8	15,7	14,0	13,8	13,5
* Männer	%	17,0	19,5	18,9	18,9	18,7	15,7	15,6	15,3
* Ausländer/-innen	%	27,4	34,0	33,8	34,0	33,8	29,9	29,6	29,1
* Jüngere unter 25 Jahren	%	11,0	16,6	14,2	14,7	14,4	11,5	12,1	11,5
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	1 540
* Gemeldete Stellen	Anzahl	2 815	3 287	3 071	3 819	3 958	6 233	6 910	6 939

¹ Einschließlich Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

² Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.



Bevölkerung	Einheit	2004	2005	2006			2007		
		Durchschnitt		Jan.	Feb.	März	Jan.	Feb.	März
Bevölkerungsstand									
Bevölkerung am Monatsende	1 000	662,8	663,2	663,7	664,0	664,1	663,9	663,8	663,7
* männlich	1 000	320,8	321,2	321,7	321,9	322,0	322,3	322,3	322,3
* weiblich	1 000	342,0	342,0	342,0	342,1	342,1	341,6	341,5	341,4
Natürliche Bevölkerungsbewegungen									
* Eheschließungen	Anzahl	246	247	89	94	178	74	119	143
* Lebendgeborene	Anzahl	454	457	312	435	456	301	444	487
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	615	618	516	590	609	520	594	701
* dar.: im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	2	2	2	1	1	3	3	4
* Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 161	- 161	- 204	- 155	- 153	- 219	- 150	- 214
Wanderungen									
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 431	2 341	2 207	1 981	2 198	2 290	2 015	2 185
* dar.: aus Niedersachsen	Anzahl	1 090	1 116	1 061	1 074	1 156	1 084	926	975
aus dem Ausland	Anzahl	600	542	536	431	472	526	530	571
* Fortzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 263	2 159	1 752	1 535	1 985	2 199	1 952	2 012
* dar.: nach Niedersachsen	Anzahl	1 111	1 053	928	798	1 064	1 068	854	900
* in das Ausland	Anzahl	493	428	239	229	255	430	474	485
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	+ 168	+ 182	+ 455	+ 446	+ 213	+ 91	+ 63	+ 173
* Umzüge zwischen Bremen und Bremerhaven	Anzahl	62	64	53	46	55	73	66	68
Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit									
	Einheit	2004	2005	2005			2006/2007		
				30.6.	30.9.	31.12.	30.6.	30.9.	31.12.
Beschäftigte¹									
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	Anzahl	273 434	269 709	273 886	271 642	271 867	277 298
* Frauen	Anzahl	117 283	116 825	118 428	117 691	117 117	119 434
* Ausländer/-innen	Anzahl	16 606	16 127	16 526	16 123	16 820	17 224
* Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	50 785	50 810	51 005	51 267	52 064	52 297
* dar.: Frauen	Anzahl	41 585	41 529	41 520	41 583	41 929	42 103
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen:									
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Anzahl	842	847	868	777	846	860
* Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Anzahl	64 831	63 163	63 391	62 634	60 981	61 405
* Baugewerbe	Anzahl	12 801	12 322	12 479	12 224	12 332	12 570
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Anzahl	77 114	76 311	78 127	77 402	77 551	79 198
* Finanzierung, Vermietung und									
* Unternehmensdienstleistungen	Anzahl	46 299	46 198	47 299	46 875	48 790	50 993
* öffentliche und private Dienstleister	Anzahl	71 547	70 847	71 702	71 708	71 349	72 254
Arbeitsmarkt									
* Arbeitslose	Anzahl	42 347	53 223	50 596	50 502	50 110	43 934	43 454	42 569
* dar.: Frauen	Anzahl	15 876	23 180	21 690	21 606	21 463	19 882	19 586	19 189
* Arbeitslosenquote ²									
* insgesamt	%	14,4	18,3	17,5	17,5	17,3	14,9	14,7	14,4
* Frauen	%	11,5	16,9	15,9	15,8	15,7	14,0	13,8	13,5
* Männer	%	17,0	19,5	18,9	18,9	18,7	15,7	15,6	15,3
* Ausländer/-innen	%	27,4	34,0	33,8	34,0	33,8	29,9	29,6	29,1
* Jüngere unter 25 Jahren	%	11,0	16,6	14,2	14,7	14,4	11,5	12,1	11,5
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	1 540
* Gemeldete Stellen	Anzahl	2 815	3 287	3 071	3 819	3 958	6 233	6 910	6 939

¹ Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft; einschließlich Schlachtfette, ohne Innereien.



Bevölkerung	Einheit	2004	2005	2006			2007		
		Durchschnitt		Jan.	Feb.	März	Jan.	Feb.	März
Bevölkerungsstand									
Bevölkerung am Monatsende	1 000	662,8	663,2	663,7	664,0	664,1	663,9	663,8	663,7
* männlich	1 000	320,8	321,2	321,7	321,9	322,0	322,3	322,3	322,3
* weiblich	1 000	342,0	342,0	342,0	342,1	342,1	341,6	341,5	341,4
Natürliche Bevölkerungsbewegungen									
* Eheschließungen	Anzahl	246	247	89	94	178	74	119	143
* Lebendgeborene	Anzahl	454	457	312	435	456	301	444	487
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	615	618	516	590	609	520	594	701
* dar.: im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	2	2	2	1	1	3	3	4
* Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 161	- 161	- 204	- 155	- 153	- 219	- 150	- 214
Wanderungen									
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 431	2 341	2 207	1 981	2 198	2 290	2 015	2 185
* dar.: aus Niedersachsen	Anzahl	1 090	1 116	1 061	1 074	1 156	1 084	926	975
aus dem Ausland	Anzahl	600	542	536	431	472	526	530	571
* Fortzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 263	2 159	1 752	1 535	1 985	2 199	1 952	2 012
* dar.: nach Niedersachsen	Anzahl	1 111	1 053	928	798	1 064	1 068	854	900
* in das Ausland	Anzahl	493	428	239	229	255	430	474	485
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	+ 168	+ 182	+ 455	+ 446	+ 213	+ 91	+ 63	+ 173
* Umzüge zwischen Bremen und Bremerhaven	Anzahl	62	64	53	46	55	73	66	68
Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit									
	Einheit	2004	2005	2005		2006/2007			
		30.6.		30.9.	31.12.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.
Beschäftigte¹									
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	Anzahl	273 434	269 709	273 886	271 642	271 867	277 298
* Frauen	Anzahl	117 283	116 825	118 428	117 691	117 117	119 434
* Ausländer/-innen	Anzahl	16 606	16 127	16 526	16 123	16 820	17 224
* Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	50 785	50 810	51 005	51 267	52 064	52 297
* dar.: Frauen	Anzahl	41 585	41 529	41 520	41 583	41 929	42 103
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen:									
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Anzahl	842	847	868	777	846	860
* Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Anzahl	64 831	63 163	63 391	62 634	60 981	61 405
* Baugewerbe	Anzahl	12 801	12 322	12 479	12 224	12 332	12 570
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Anzahl	77 114	76 311	78 127	77 402	77 551	79 198
Finanzierung, Vermietung und									
* Unternehmensdienstleistungen	Anzahl	46 299	46 198	47 299	46 875	48 790	50 993
* öffentliche und private Dienstleister	Anzahl	71 547	70 847	71 702	71 708	71 349	72 254
Arbeitsmarkt									
* Arbeitslose	Anzahl	42 347	53 223	50 596	50 502	50 110	43 934	43 454	42 569
* dar.: Frauen	Anzahl	15 876	23 180	21 690	21 606	21 463	19 882	19 586	19 189
* Arbeitslosenquote ²									
* insgesamt	%	14,4	18,3	17,5	17,5	17,3	14,9	14,7	14,4
* Frauen	%	11,5	16,9	15,9	15,8	15,7	14,0	13,8	13,5
* Männer	%	17,0	19,5	18,9	18,9	18,7	15,7	15,6	15,3
* Ausländer/-innen	%	27,4	34,0	33,8	34,0	33,8	29,9	29,6	29,1
* Jüngere unter 25 Jahren	%	11,0	16,6	14,2	14,7	14,4	11,5	12,1	11,5
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	1 540
* Gemeldete Stellen	Anzahl	2 815	3 287	3 071	3 819	3 958	6 233	6 910	6 939

¹ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. ² Einschließlich der tätigen Inhaber. ³ Einschließlich der gewerblichen Auszubildenden.

⁴ Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. ⁵ Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal.

⁶ Am Ende des Berichtsvierteljahres. ⁷ Verzeichnis der Gewerbe, die als zulassungspflichtige Handwerke betrieben werden können (laut Anlage A der HwO; ab 01.01.2004).

⁸ Basismonat für Beschäftigte im Jahr 2003, September 1998 = 100%; für 2004 September 2003 = 100 %. ⁹ Basisjahr für Umsatz im Jahr 2003 ist 1998 = 100%; für 2004 Basisjahr 2003 = 100%. ¹⁰ Einschließlich Handelsvermittlung. ¹¹ Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. ¹² Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

¹³ Ab Dezember 2004 neuer Berichtskreis.



Bevölkerung	Einheit	2004	2005	2006			2007		
		Durchschnitt		Jan.	Feb.	März	Jan.	Feb.	März
Bevölkerungsstand									
Bevölkerung am Monatsende	1 000	662,8	663,2	663,7	664,0	664,1	663,9	663,8	663,7
* männlich	1 000	320,8	321,2	321,7	321,9	322,0	322,3	322,3	322,3
* weiblich	1 000	342,0	342,0	342,0	342,1	342,1	341,6	341,5	341,4
Natürliche Bevölkerungsbewegungen									
* Eheschließungen	Anzahl	246	247	89	94	178	74	119	143
* Lebendgeborene	Anzahl	454	457	312	435	456	301	444	487
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	615	618	516	590	609	520	594	701
* dar.: im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	2	2	2	1	1	3	3	4
* Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 161	- 161	- 204	- 155	- 153	- 219	- 150	- 214
Wanderungen									
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 431	2 341	2 207	1 981	2 198	2 290	2 015	2 185
* dar.: aus Niedersachsen	Anzahl	1 090	1 116	1 061	1 074	1 156	1 084	926	975
aus dem Ausland	Anzahl	600	542	536	431	472	526	530	571
* Fortzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 263	2 159	1 752	1 535	1 985	2 199	1 952	2 012
* dar.: nach Niedersachsen	Anzahl	1 111	1 053	928	798	1 064	1 068	854	900
* in das Ausland	Anzahl	493	428	239	229	255	430	474	485
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	+ 168	+ 182	+ 455	+ 446	+ 213	+ 91	+ 63	+ 173
* Umzüge zwischen Bremen und Bremerhaven	Anzahl	62	64	53	46	55	73	66	68
Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit									
	Einheit	2004	2005	2005		2006/2007			
			30.6.	30.9.	31.12.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.
Beschäftigte¹									
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	Anzahl	273 434	269 709	273 886	271 642	271 867	277 298
* Frauen	Anzahl	117 283	116 825	118 428	117 691	117 117	119 434
* Ausländer/-innen	Anzahl	16 606	16 127	16 526	16 123	16 820	17 224
* Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	50 785	50 810	51 005	51 267	52 064	52 297
* dar.: Frauen	Anzahl	41 585	41 529	41 520	41 583	41 929	42 103
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen:									
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Anzahl	842	847	868	777	846	860
* Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Anzahl	64 831	63 163	63 391	62 634	60 981	61 405
* Baugewerbe	Anzahl	12 801	12 322	12 479	12 224	12 332	12 570
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Anzahl	77 114	76 311	78 127	77 402	77 551	79 198
* Finanzierung, Vermietung und									
* Unternehmensdienstleistungen	Anzahl	46 299	46 198	47 299	46 875	48 790	50 993
* öffentliche und private Dienstleister	Anzahl	71 547	70 847	71 702	71 708	71 349	72 254
Arbeitsmarkt									
* Arbeitslose	Anzahl	42 347	53 223	50 596	50 502	50 110	43 934	43 454	42 569
* dar.: Frauen	Anzahl	15 876	23 180	21 690	21 606	21 463	19 882	19 586	19 189
* Arbeitslosenquote ²									
* insgesamt	%	14,4	18,3	17,5	17,5	17,3	14,9	14,7	14,4
* Frauen	%	11,5	16,9	15,9	15,8	15,7	14,0	13,8	13,5
* Männer	%	17,0	19,5	18,9	18,9	18,7	15,7	15,6	15,3
* Ausländer/-innen	%	27,4	34,0	33,8	34,0	33,8	29,9	29,6	29,1
* Jüngere unter 25 Jahren	%	11,0	16,6	14,2	14,7	14,4	11,5	12,1	11,5
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	1 540
* Gemeldete Stellen	Anzahl	2 815	3 287	3 071	3 819	3 958	6 233	6 910	6 939

¹ Einschließlich Rückwaren, Ersatzlieferungen.

² Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätze



Bevölkerung	Einheit	2004	2005	2006			2007		
		Durchschnitt		Jan.	Feb.	März	Jan.	Feb.	März
Bevölkerungsstand									
Bevölkerung am Monatsende	1 000	662,8	663,2	663,7	664,0	664,1	663,9	663,8	663,7
* männlich	1 000	320,8	321,2	321,7	321,9	322,0	322,3	322,3	322,3
* weiblich	1 000	342,0	342,0	342,0	342,1	342,1	341,6	341,5	341,4
Natürliche Bevölkerungsbewegungen									
* Eheschließungen	Anzahl	246	247	89	94	178	74	119	143
* Lebendgeborene	Anzahl	454	457	312	435	456	301	444	487
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	615	618	516	590	609	520	594	701
* dar.: im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	2	2	2	1	1	3	3	4
* Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 161	- 161	- 204	- 155	- 153	- 219	- 150	- 214
Wanderungen									
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 431	2 341	2 207	1 981	2 198	2 290	2 015	2 185
* dar.: aus Niedersachsen	Anzahl	1 090	1 116	1 061	1 074	1 156	1 084	926	975
aus dem Ausland	Anzahl	600	542	536	431	472	526	530	571
* Fortzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 263	2 159	1 752	1 535	1 985	2 199	1 952	2 012
* dar.: nach Niedersachsen	Anzahl	1 111	1 053	928	798	1 064	1 068	854	900
* in das Ausland	Anzahl	493	428	239	229	255	430	474	485
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	+ 168	+ 182	+ 455	+ 446	+ 213	+ 91	+ 63	+ 173
* Umzüge zwischen Bremen und Bremerhaven	Anzahl	62	64	53	46	55	73	66	68
Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit									
	Einheit	2004	2005	2005		2006/2007			
			30.6.	30.9.	31.12.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.
Beschäftigte¹									
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	Anzahl	273 434	269 709	273 886	271 642	271 867	277 298
* Frauen	Anzahl	117 283	116 825	118 428	117 691	117 117	119 434
* Ausländer/-innen	Anzahl	16 606	16 127	16 526	16 123	16 820	17 224
* Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	50 785	50 810	51 005	51 267	52 064	52 297
* dar.: Frauen	Anzahl	41 585	41 529	41 520	41 583	41 929	42 103
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen:									
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Anzahl	842	847	868	777	846	860
* Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Anzahl	64 831	63 163	63 391	62 634	60 981	61 405
* Baugewerbe	Anzahl	12 801	12 322	12 479	12 224	12 332	12 570
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Anzahl	77 114	76 311	78 127	77 402	77 551	79 198
* Finanzierung, Vermietung und									
* Unternehmensdienstleistungen	Anzahl	46 299	46 198	47 299	46 875	48 790	50 993
* öffentliche und private Dienstleister	Anzahl	71 547	70 847	71 702	71 708	71 349	72 254
Arbeitsmarkt									
* Arbeitslose	Anzahl	42 347	53 223	50 596	50 502	50 110	43 934	43 454	42 569
* dar.: Frauen	Anzahl	15 876	23 180	21 690	21 606	21 463	19 882	19 586	19 189
* Arbeitslosenquote ²									
* insgesamt	%	14,4	18,3	17,5	17,5	17,3	14,9	14,7	14,4
* Frauen	%	11,5	16,9	15,9	15,8	15,7	14,0	13,8	13,5
* Männer	%	17,0	19,5	18,9	18,9	18,7	15,7	15,6	15,3
* Ausländer/-innen	%	27,4	34,0	33,8	34,0	33,8	29,9	29,6	29,1
* Jüngere unter 25 Jahren	%	11,0	16,6	14,2	14,7	14,4	11,5	12,1	11,5
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	1 540
* Gemeldete Stellen	Anzahl	2 815	3 287	3 071	3 819	3 958	6 233	6 910	6 939

¹ TEU = Twenty Foot Equivalent Unit.

² Die Lufpostnachtflüge wurden ab dem Sommerflugplan 2003 eingestellt.



Bevölkerung	Einheit	2004	2005	2006			2007		
		Durchschnitt		Jan.	Feb.	März	Jan.	Feb.	März
Bevölkerungsstand									
Bevölkerung am Monatsende	1 000	662,8	663,2	663,7	664,0	664,1	663,9	663,8	663,7
* männlich	1 000	320,8	321,2	321,7	321,9	322,0	322,3	322,3	322,3
* weiblich	1 000	342,0	342,0	342,0	342,1	342,1	341,6	341,5	341,4
Natürliche Bevölkerungsbewegungen									
* Eheschließungen	Anzahl	246	247	89	94	178	74	119	143
* Lebendgeborene	Anzahl	454	457	312	435	456	301	444	487
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	615	618	516	590	609	520	594	701
* dar.: im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	2	2	2	1	1	3	3	4
* Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 161	- 161	- 204	- 155	- 153	- 219	- 150	- 214
Wanderungen									
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 431	2 341	2 207	1 981	2 198	2 290	2 015	2 185
* dar.: aus Niedersachsen	Anzahl	1 090	1 116	1 061	1 074	1 156	1 084	926	975
aus dem Ausland	Anzahl	600	542	536	431	472	526	530	571
* Fortzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 263	2 159	1 752	1 535	1 985	2 199	1 952	2 012
* dar.: nach Niedersachsen	Anzahl	1 111	1 053	928	798	1 064	1 068	854	900
* in das Ausland	Anzahl	493	428	239	229	255	430	474	485
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	+ 168	+ 182	+ 455	+ 446	+ 213	+ 91	+ 63	+ 173
* Umzüge zwischen Bremen und Bremerhaven	Anzahl	62	64	53	46	55	73	66	68
Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit									
	Einheit	2004	2005	2005		2006/2007			
		30.6.		30.9.	31.12.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.
Beschäftigte¹									
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	Anzahl	273 434	269 709	273 886	271 642	271 867	277 298
* Frauen	Anzahl	117 283	116 825	118 428	117 691	117 117	119 434
* Ausländer/-innen	Anzahl	16 606	16 127	16 526	16 123	16 820	17 224
* Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	50 785	50 810	51 005	51 267	52 064	52 297
* dar.: Frauen	Anzahl	41 585	41 529	41 520	41 583	41 929	42 103
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen:									
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Anzahl	842	847	868	777	846	860
* Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Anzahl	64 831	63 163	63 391	62 634	60 981	61 405
* Baugewerbe	Anzahl	12 801	12 322	12 479	12 224	12 332	12 570
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Anzahl	77 114	76 311	78 127	77 402	77 551	79 198
* Finanzierung, Vermietung und									
* Unternehmensdienstleistungen	Anzahl	46 299	46 198	47 299	46 875	48 790	50 993
* öffentliche und private Dienstleister	Anzahl	71 547	70 847	71 702	71 708	71 349	72 254
Arbeitsmarkt									
* Arbeitslose	Anzahl	42 347	53 223	50 596	50 502	50 110	43 934	43 454	42 569
* dar.: Frauen	Anzahl	15 876	23 180	21 690	21 606	21 463	19 882	19 586	19 189
* Arbeitslosenquote ²									
* insgesamt	%	14,4	18,3	17,5	17,5	17,3	14,9	14,7	14,4
* Frauen	%	11,5	16,9	15,9	15,8	15,7	14,0	13,8	13,5
* Männer	%	17,0	19,5	18,9	18,9	18,7	15,7	15,6	15,3
* Ausländer/-innen	%	27,4	34,0	33,8	34,0	33,8	29,9	29,6	29,1
* Jüngere unter 25 Jahren	%	11,0	16,6	14,2	14,7	14,4	11,5	12,1	11,5
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	1 540
* Gemeldete Stellen	Anzahl	2 815	3 287	3 071	3 819	3 958	6 233	6 910	6 939

¹ Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. ² Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden im engeren Sinne und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. ³ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. ⁴ Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. ⁵ Einschließlich Gewerbesteuerumlage. ⁶ Vor Zerlegung. ⁷ Kindergeld bereits abgesetzt. ⁸ Gewerbesteuerumlage bereits abgesetzt.



Bevölkerung	Einheit	2004	2005	2006			2007		
		Durchschnitt		Jan.	Feb.	März	Jan.	Feb.	März
Bevölkerungsstand									
Bevölkerung am Monatsende	1 000	662,8	663,2	663,7	664,0	664,1	663,9	663,8	663,7
* männlich	1 000	320,8	321,2	321,7	321,9	322,0	322,3	322,3	322,3
* weiblich	1 000	342,0	342,0	342,0	342,1	342,1	341,6	341,5	341,4
Natürliche Bevölkerungsbewegungen									
* Eheschließungen	Anzahl	246	247	89	94	178	74	119	143
* Lebendgeborene	Anzahl	454	457	312	435	456	301	444	487
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	615	618	516	590	609	520	594	701
* dar.: im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	2	2	2	1	1	3	3	4
* Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 161	- 161	- 204	- 155	- 153	- 219	- 150	- 214
Wanderungen									
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 431	2 341	2 207	1 981	2 198	2 290	2 015	2 185
* dar.: aus Niedersachsen	Anzahl	1 090	1 116	1 061	1 074	1 156	1 084	926	975
aus dem Ausland	Anzahl	600	542	536	431	472	526	530	571
* Fortzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 263	2 159	1 752	1 535	1 985	2 199	1 952	2 012
* dar.: nach Niedersachsen	Anzahl	1 111	1 053	928	798	1 064	1 068	854	900
* in das Ausland	Anzahl	493	428	239	229	255	430	474	485
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	+ 168	+ 182	+ 455	+ 446	+ 213	+ 91	+ 63	+ 173
* Umzüge zwischen Bremen und Bremerhaven	Anzahl	62	64	53	46	55	73	66	68
Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit									
	Einheit	2004	2005	2005		2006/2007			
		30.6.		30.9.	31.12.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.
Beschäftigte¹									
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	Anzahl	273 434	269 709	273 886	271 642	271 867	277 298
* Frauen	Anzahl	117 283	116 825	118 428	117 691	117 117	119 434
* Ausländer/-innen	Anzahl	16 606	16 127	16 526	16 123	16 820	17 224
* Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	50 785	50 810	51 005	51 267	52 064	52 297
* dar.: Frauen	Anzahl	41 585	41 529	41 520	41 583	41 929	42 103
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen:									
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Anzahl	842	847	868	777	846	860
* Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Anzahl	64 831	63 163	63 391	62 634	60 981	61 405
* Baugewerbe	Anzahl	12 801	12 322	12 479	12 224	12 332	12 570
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Anzahl	77 114	76 311	78 127	77 402	77 551	79 198
* Finanzierung, Vermietung und									
* Unternehmensdienstleistungen	Anzahl	46 299	46 198	47 299	46 875	48 790	50 993
* öffentliche und private Dienstleister	Anzahl	71 547	70 847	71 702	71 708	71 349	72 254
Arbeitsmarkt									
* Arbeitslose	Anzahl	42 347	53 223	50 596	50 502	50 110	43 934	43 454	42 569
* dar.: Frauen	Anzahl	15 876	23 180	21 690	21 606	21 463	19 882	19 586	19 189
* Arbeitslosenquote ²									
* insgesamt	%	14,4	18,3	17,5	17,5	17,3	14,9	14,7	14,4
* Frauen	%	11,5	16,9	15,9	15,8	15,7	14,0	13,8	13,5
* Männer	%	17,0	19,5	18,9	18,9	18,7	15,7	15,6	15,3
* Ausländer/-innen	%	27,4	34,0	33,8	34,0	33,8	29,9	29,6	29,1
* Jüngere unter 25 Jahren	%	11,0	16,6	14,2	14,7	14,4	11,5	12,1	11,5
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	1 540
* Gemeldete Stellen	Anzahl	2 815	3 287	3 071	3 819	3 958	6 233	6 910	6 939

¹ Einschließlich Gemeindeanteile an der Grunderwerbsteuer und nach Abführung der Gewerbesteuerumlage.

² Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend bezahlten Beiträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsschädigungen, Auslösungen usw.



Bevölkerung	Einheit	2004	2005	2006			2007		
		Durchschnitt		Jan.	Feb.	März	Jan.	Feb.	März
Bevölkerungsstand									
Bevölkerung am Monatsende	1 000	662,8	663,2	663,7	664,0	664,1	663,9	663,8	663,7
* männlich	1 000	320,8	321,2	321,7	321,9	322,0	322,3	322,3	322,3
* weiblich	1 000	342,0	342,0	342,0	342,1	342,1	341,6	341,5	341,4
Natürliche Bevölkerungsbewegungen									
* Eheschließungen	Anzahl	246	247	89	94	178	74	119	143
* Lebendgeborene	Anzahl	454	457	312	435	456	301	444	487
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	615	618	516	590	609	520	594	701
* dar.: im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	2	2	2	1	1	3	3	4
* Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 161	- 161	- 204	- 155	- 153	- 219	- 150	- 214
Wanderungen									
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 431	2 341	2 207	1 981	2 198	2 290	2 015	2 185
* dar.: aus Niedersachsen	Anzahl	1 090	1 116	1 061	1 074	1 156	1 084	926	975
aus dem Ausland	Anzahl	600	542	536	431	472	526	530	571
* Fortzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 263	2 159	1 752	1 535	1 985	2 199	1 952	2 012
* dar.: nach Niedersachsen	Anzahl	1 111	1 053	928	798	1 064	1 068	854	900
* in das Ausland	Anzahl	493	428	239	229	255	430	474	485
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	+ 168	+ 182	+ 455	+ 446	+ 213	+ 91	+ 63	+ 173
* Umzüge zwischen Bremen und Bremerhaven	Anzahl	62	64	53	46	55	73	66	68
Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit									
	Einheit	2004	2005	2005		2006/2007			
		30.6.		30.9.	31.12.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.
Beschäftigte¹									
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	Anzahl	273 434	269 709	273 886	271 642	271 867	277 298
* Frauen	Anzahl	117 283	116 825	118 428	117 691	117 117	119 434
* Ausländer/-innen	Anzahl	16 606	16 127	16 526	16 123	16 820	17 224
* Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	50 785	50 810	51 005	51 267	52 064	52 297
* dar.: Frauen	Anzahl	41 585	41 529	41 520	41 583	41 929	42 103
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen:									
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Anzahl	842	847	868	777	846	860
* Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Anzahl	64 831	63 163	63 391	62 634	60 981	61 405
* Baugewerbe	Anzahl	12 801	12 322	12 479	12 224	12 332	12 570
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Anzahl	77 114	76 311	78 127	77 402	77 551	79 198
* Finanzierung, Vermietung und									
* Unternehmensdienstleistungen	Anzahl	46 299	46 198	47 299	46 875	48 790	50 993
* öffentliche und private Dienstleister	Anzahl	71 547	70 847	71 702	71 708	71 349	72 254
Arbeitsmarkt									
* Arbeitslose	Anzahl	42 347	53 223	50 596	50 502	50 110	43 934	43 454	42 569
* dar.: Frauen	Anzahl	15 876	23 180	21 690	21 606	21 463	19 882	19 586	19 189
* Arbeitslosenquote ²									
* insgesamt	%	14,4	18,3	17,5	17,5	17,3	14,9	14,7	14,4
* Frauen	%	11,5	16,9	15,9	15,8	15,7	14,0	13,8	13,5
* Männer	%	17,0	19,5	18,9	18,9	18,7	15,7	15,6	15,3
* Ausländer/-innen	%	27,4	34,0	33,8	34,0	33,8	29,9	29,6	29,1
* Jüngere unter 25 Jahren	%	11,0	16,6	14,2	14,7	14,4	11,5	12,1	11,5
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	1 540
* Gemeldete Stellen	Anzahl	2 815	3 287	3 071	3 819	3 958	6 233	6 910	6 939

¹ Einschließlich Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.
² Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.



Bevölkerung	Einheit	2004	2005	2006			2007		
		Durchschnitt		Jan.	Feb.	März	Jan.	Feb.	März
Bevölkerungsstand									
Bevölkerung am Monatsende	1 000	662,8	663,2	663,7	664,0	664,1	663,9	663,8	663,7
* männlich	1 000	320,8	321,2	321,7	321,9	322,0	322,3	322,3	322,3
* weiblich	1 000	342,0	342,0	342,0	342,1	342,1	341,6	341,5	341,4
Natürliche Bevölkerungsbewegungen									
* Eheschließungen	Anzahl	246	247	89	94	178	74	119	143
* Lebendgeborene	Anzahl	454	457	312	435	456	301	444	487
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	615	618	516	590	609	520	594	701
* dar.: im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	2	2	2	1	1	3	3	4
* Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 161	- 161	- 204	- 155	- 153	- 219	- 150	- 214
Wanderungen									
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 431	2 341	2 207	1 981	2 198	2 290	2 015	2 185
* dar.: aus Niedersachsen	Anzahl	1 090	1 116	1 061	1 074	1 156	1 084	926	975
aus dem Ausland	Anzahl	600	542	536	431	472	526	530	571
* Fortzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 263	2 159	1 752	1 535	1 985	2 199	1 952	2 012
* dar.: nach Niedersachsen	Anzahl	1 111	1 053	928	798	1 064	1 068	854	900
* in das Ausland	Anzahl	493	428	239	229	255	430	474	485
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	+ 168	+ 182	+ 455	+ 446	+ 213	+ 91	+ 63	+ 173
* Umzüge zwischen Bremen und Bremerhaven	Anzahl	62	64	53	46	55	73	66	68
Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit									
	Einheit	2004	2005	2005		2006/2007			
		30.6.		30.9.	31.12.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.
Beschäftigte¹									
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	Anzahl	273 434	269 709	273 886	271 642	271 867	277 298
* Frauen	Anzahl	117 283	116 825	118 428	117 691	117 117	119 434
* Ausländer/-innen	Anzahl	16 606	16 127	16 526	16 123	16 820	17 224
* Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	50 785	50 810	51 005	51 267	52 064	52 297
* dar.: Frauen	Anzahl	41 585	41 529	41 520	41 583	41 929	42 103
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen:									
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Anzahl	842	847	868	777	846	860
* Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Anzahl	64 831	63 163	63 391	62 634	60 981	61 405
* Baugewerbe	Anzahl	12 801	12 322	12 479	12 224	12 332	12 570
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Anzahl	77 114	76 311	78 127	77 402	77 551	79 198
* Finanzierung, Vermietung und									
* Unternehmensdienstleistungen	Anzahl	46 299	46 198	47 299	46 875	48 790	50 993
* öffentliche und private Dienstleister	Anzahl	71 547	70 847	71 702	71 708	71 349	72 254
Arbeitsmarkt									
* Arbeitslose	Anzahl	42 347	53 223	50 596	50 502	50 110	43 934	43 454	42 569
* dar.: Frauen	Anzahl	15 876	23 180	21 690	21 606	21 463	19 882	19 586	19 189
* Arbeitslosenquote ²									
* insgesamt	%	14,4	18,3	17,5	17,5	17,3	14,9	14,7	14,4
* Frauen	%	11,5	16,9	15,9	15,8	15,7	14,0	13,8	13,5
* Männer	%	17,0	19,5	18,9	18,9	18,7	15,7	15,6	15,3
* Ausländer/-innen	%	27,4	34,0	33,8	34,0	33,8	29,9	29,6	29,1
* Jüngere unter 25 Jahren	%	11,0	16,6	14,2	14,7	14,4	11,5	12,1	11,5
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	1 540
* Gemeldete Stellen	Anzahl	2 815	3 287	3 071	3 819	3 958	6 233	6 910	6 939

¹ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. –² Einschließlich der tätigen Inhaber. –³ Einschließlich der gewerblichen Auszubildenden.
⁴ Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätze. –⁵ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. –⁶ Vor Abzug der Gewerbesteuerumlage.
⁷ Einschließlich Anteil an der Gewerbesteuer.



Bevölkerung	Einheit	2004	2005	2006			2007		
		Durchschnitt		Jan.	Feb.	März	Jan.	Feb.	März
Bevölkerungsstand									
Bevölkerung am Monatsende	1 000	662,8	663,2	663,7	664,0	664,1	663,9	663,8	663,7
* männlich	1 000	320,8	321,2	321,7	321,9	322,0	322,3	322,3	322,3
* weiblich	1 000	342,0	342,0	342,0	342,1	342,1	341,6	341,5	341,4
Natürliche Bevölkerungsbewegungen									
* Eheschließungen	Anzahl	246	247	89	94	178	74	119	143
* Lebendgeborene	Anzahl	454	457	312	435	456	301	444	487
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	615	618	516	590	609	520	594	701
* dar.: im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	2	2	2	1	1	3	3	4
* Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 161	- 161	- 204	- 155	- 153	- 219	- 150	- 214
Wanderungen									
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 431	2 341	2 207	1 981	2 198	2 290	2 015	2 185
* dar.: aus Niedersachsen	Anzahl	1 090	1 116	1 061	1 074	1 156	1 084	926	975
aus dem Ausland	Anzahl	600	542	536	431	472	526	530	571
* Fortzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 263	2 159	1 752	1 535	1 985	2 199	1 952	2 012
* dar.: nach Niedersachsen	Anzahl	1 111	1 053	928	798	1 064	1 068	854	900
* in das Ausland	Anzahl	493	428	239	229	255	430	474	485
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	+ 168	+ 182	+ 455	+ 446	+ 213	+ 91	+ 63	+ 173
* Umzüge zwischen Bremen und Bremerhaven	Anzahl	62	64	53	46	55	73	66	68
Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit									
	Einheit	2004	2005	2005		2006/2007			
			30.6.	30.9.	31.12.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.
Beschäftigte¹									
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	Anzahl	273 434	269 709	273 886	271 642	271 867	277 298
* Frauen	Anzahl	117 283	116 825	118 428	117 691	117 117	119 434
* Ausländer/-innen	Anzahl	16 606	16 127	16 526	16 123	16 820	17 224
* Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	50 785	50 810	51 005	51 267	52 064	52 297
* dar.: Frauen	Anzahl	41 585	41 529	41 520	41 583	41 929	42 103
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen:									
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Anzahl	842	847	868	777	846	860
* Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Anzahl	64 831	63 163	63 391	62 634	60 981	61 405
* Baugewerbe	Anzahl	12 801	12 322	12 479	12 224	12 332	12 570
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Anzahl	77 114	76 311	78 127	77 402	77 551	79 198
* Finanzierung, Vermietung und									
* Unternehmensdienstleistungen	Anzahl	46 299	46 198	47 299	46 875	48 790	50 993
* öffentliche und private Dienstleister	Anzahl	71 547	70 847	71 702	71 708	71 349	72 254
Arbeitsmarkt									
* Arbeitslose	Anzahl	42 347	53 223	50 596	50 502	50 110	43 934	43 454	42 569
* dar.: Frauen	Anzahl	15 876	23 180	21 690	21 606	21 463	19 882	19 586	19 189
* Arbeitslosenquote ²									
* insgesamt	%	14,4	18,3	17,5	17,5	17,3	14,9	14,7	14,4
* Frauen	%	11,5	16,9	15,9	15,8	15,7	14,0	13,8	13,5
* Männer	%	17,0	19,5	18,9	18,9	18,7	15,7	15,6	15,3
* Ausländer/-innen	%	27,4	34,0	33,8	34,0	33,8	29,9	29,6	29,1
* Jüngere unter 25 Jahren	%	11,0	16,6	14,2	14,7	14,4	11,5	12,1	11,5
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	1 540
* Gemeldete Stellen	Anzahl	2 815	3 287	3 071	3 819	3 958	6 233	6 910	6 939

¹ Einschließlich Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

² Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.



Zahlenspiegel Stadt Bremerhaven

Bevölkerung	Einheit	2004	2005	2006			2007		
		Durchschnitt		Jan.	Feb.	März	Jan.	Feb.	März
Bevölkerungsstand									
Bevölkerung am Monatsende	1 000	662,8	663,2	663,7	664,0	664,1	663,9	663,8	663,7
* männlich	1 000	320,8	321,2	321,7	321,9	322,0	322,3	322,3	322,3
* weiblich	1 000	342,0	342,0	342,0	342,1	342,1	341,6	341,5	341,4
Natürliche Bevölkerungsbewegungen									
* Eheschließungen	Anzahl	246	247	89	94	178	74	119	143
* Lebendgeborene	Anzahl	454	457	312	435	456	301	444	487
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	615	618	516	590	609	520	594	701
* dar.: im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	2	2	2	1	1	3	3	4
* Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 161	- 161	- 204	- 155	- 153	- 219	- 150	- 214
Wanderungen									
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 431	2 341	2 207	1 981	2 198	2 290	2 015	2 185
* dar.: aus Niedersachsen	Anzahl	1 090	1 116	1 061	1 074	1 156	1 084	926	975
aus dem Ausland	Anzahl	600	542	536	431	472	526	530	571
* Fortzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 263	2 159	1 752	1 535	1 985	2 199	1 952	2 012
* dar.: nach Niedersachsen	Anzahl	1 111	1 053	928	798	1 064	1 068	854	900
* in das Ausland	Anzahl	493	428	239	229	255	430	474	485
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	+ 168	+ 182	+ 455	+ 446	+ 213	+ 91	+ 63	+ 173
* Umzüge zwischen Bremen und Bremerhaven	Anzahl	62	64	53	46	55	73	66	68
Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit									
	Einheit	2004	2005	2005		2006/2007			
		30.6.		30.9.	31.12.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.
Beschäftigte¹									
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	Anzahl	273 434	269 709	273 886	271 642	271 867	277 298
* Frauen	Anzahl	117 283	116 825	118 428	117 691	117 117	119 434
* Ausländer/-innen	Anzahl	16 606	16 127	16 526	16 123	16 820	17 224
* Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	50 785	50 810	51 005	51 267	52 064	52 297
* dar.: Frauen	Anzahl	41 585	41 529	41 520	41 583	41 929	42 103
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen:									
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Anzahl	842	847	868	777	846	860
* Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Anzahl	64 831	63 163	63 391	62 634	60 981	61 405
* Baugewerbe	Anzahl	12 801	12 322	12 479	12 224	12 332	12 570
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Anzahl	77 114	76 311	78 127	77 402	77 551	79 198
* Finanzierung, Vermietung und									
* Unternehmensdienstleistungen	Anzahl	46 299	46 198	47 299	46 875	48 790	50 993
* öffentliche und private Dienstleister	Anzahl	71 547	70 847	71 702	71 708	71 349	72 254
Arbeitsmarkt									
* Arbeitslose	Anzahl	42 347	53 223	50 596	50 502	50 110	43 934	43 454	42 569
* dar.: Frauen	Anzahl	15 876	23 180	21 690	21 606	21 463	19 882	19 586	19 189
* Arbeitslosenquote ²									
* insgesamt	%	14,4	18,3	17,5	17,5	17,3	14,9	14,7	14,4
* Frauen	%	11,5	16,9	15,9	15,8	15,7	14,0	13,8	13,5
* Männer	%	17,0	19,5	18,9	18,9	18,7	15,7	15,6	15,3
* Ausländer/-innen	%	27,4	34,0	33,8	34,0	33,8	29,9	29,6	29,1
* Jüngere unter 25 Jahren	%	11,0	16,6	14,2	14,7	14,4	11,5	12,1	11,5
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	1 540
* Gemeldete Stellen	Anzahl	2 815	3 287	3 071	3 819	3 958	6 233	6 910	6 939

¹ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. –² Einschließlich der tätigen Inhaber. –³ Einschließlich der gewerblichen Auszubildenden.
⁴ Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätze. –⁵ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. –⁶ Vor Abzug der Gewerbesteuerumlage.
⁷ Einschließlich Anteil an der Gewerbesteuer.